Freitag, 13. October. (Morgen-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 9989. Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. **1876.**

Telegramme der Danziger Zeitung.

Königsberg, 12. October. Nach Erledigung der sämmtlichen Geschäfte wurde der Provinzial-Landtag um 3 Uhr Nachmittags durch den Oberpräsidenten v. Horn geschlossen.

Pera, 12. Oct. Die Pforte hat den Waffenstillstand bis zum 15. März beantragt und die Großmächte ersucht, behufs Regelung der Details, Offiziere zu delegiren; sie hat zugleich die türkischen Commandanten beauftragt, sich mit letzteren sowie mit den serbischen und montenegrinischen Commandanten in Einvernehmen zu setzen. Die Demarcationslinie soll auf Grundlage des uti possidetis festgestellt werden; doch ist die Türkei auch bereit, ihre Positionen in Serbien zu räumen, falls letzteres sich verpflichtet, dieselben nicht zu besetzen.

Die Steuervertheilung zwischen Stadt und Land.

Die Partei der Deutsch-Conservativen oder auch der Steuer- und Wirthschaftsreformer sucht für die bevorstehenden Wahlen das platte Land gegen die Städte aufzuregen, um die liberalen Abgeordneten zu verdrängen.

Das platte Land wird als mit Steuern im Verhältniß zu den Städten überbürdet dargestellt. Eine im Jahre 1875 dem Landtag überreichte Uebersicht des Aufkommens an directen Steuern, einschließlich der Mahl- und Schlachtsteuer, belegt durch Zahlen, wie sich diese Steuern auf die Städte im Verhältniß zum platten Lande vertheilen.

Es kamen nach dem Veranlagungssoll der directen Steuern für das Jahr 1872, sowie in Bezug auf die Mahl- und Schlachtsteuer nach den Isteinnahmen für das Jahr 1871, auf den Kopf der Bevölkerung an directen Steuern aller Art (Grundsteuer, Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Klassensteuer, klassificirte Einkommensteuer) incl. Mahl- und Schlachtsteuer:

Regierungsbezirk:	In den Städten	Auf dem platten Lande	Ueberhaupt
	Sgr.	Sgr.	Sgr.
Königsberg . .	64,3	37,9	45.7
Gumbinnen . .	56,4	33,3	36,0
Danzig . . .	72,7	40,2	50,0
Marienwerder .	49,8	36,8	39,6
Stadt Berlin .	135,8	—	135,8
Potsdam . . .	62,8	59,2	60,5
Frankfurt a/O. .	57 5	45,6	49,4
Stettin . . .	78,2	52,5	61,3
Cöslin	50,4	35,4	38,9
Stralsund . .	63,9	78,7	72,9
Breslau . . .	88,4	49,9	61,4
Liegnitz . . .	66,4	48,6	53,0
Oppeln . . .	54,0	32,9	36,6

Die Tabelle zeigt, wie mit Ausnahme des R.-B. Stralsund, wo die Zahl großer Fideicommiß-Güter besonders groß und die Städte verhältnißmäßig weniger bedeutend sind, der Städter durchschnittlich erheblich mehr, zum Theil sogar bis zu 60 Proc. mehr als der Landbewohner an directen Steuern bezahlt.

Was der Landbewohner mehr an Grundsteuer bezahlt, hat nämlich der Städter in noch stärkerem Maße an Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Klassensteuer und klassificirter Einkommensteuer zu entrichten.

Ließe sich das Aufkommen aus indirecten Steuern in gleicher Weise getrennt für Stadt und Land berechnen, so würde noch schärfer in die Augen treten, wie viel verhältnißmäßig an Steuern mehr auf die Städte fällt. — Von den Zöllen bringen die beiden Artikel Kaffee und Wein zusammen mehr als die Hälfte ein, von den inländischen Steuern wirft der Zucker über ein Drittel ab. Von diesen Artikeln und nicht minder auch von den Erzeugnissen ausländischer Webeindustrie consumirt der Städter durchweg weit mehr, als der Landbewohner, während der Consum von andern, noch besonders einträglichen Artikeln, wie Salz, Branntwein uad Bier, in den Städten nicht geringer ist als auf dem Lande.

Was die vielbesprochenen Stempelsteuern anbelangt, so lastet der Erbschaftsstempel gleichmäßig auf Stadt und Land, der Wechselstempel ganz vorzugsweise auf den Städten. Dasselbe läßt sich von der Mehrzahl der die einzelnen Rechtsgeschäfte im Verkehr treffenden Steuern behaupten. Davon ist auch nicht einmal der Stempel auf die Verkäufe von Immobilien auszunehmen. Städtische Grundstücke sind im Verhältniß theurer und gehen weit öfter als ländliche aus einer Hand in die andere über. Fehlt uns darüber auch leider im Einzelnen noch jede Statistik, so ist es doch erweislich, daß das Anschwellen der Stempeleinnahmen seit 1871 fast ausschließlich eine Folge der Häuserspeculation in den Städten ist.

Gewiß ist es richtig, daß in den Städten auch viel wohlhabende Leute wohnen. Auf der andern Seite aber giebt es in den Städten auch zahlreiche Proletarier, welche aus der Hand in den Mund leben. Zweck dieser Zeilen ist nur, der Verbreitung des Irrthums entgegenzutreten, als ob das platte Land im Verhältniß zu den Städten zu hoch besteuert sei.

Seit Aufstellung jener Uebersicht über die Vertheilung der directen Steuern hat sich das Verhältniß noch mehr zu Gunsten der Bewohner des platten Landes geändert. Die wesentlich auf das platte Land entfallende Grundsteuer ist fast unverändert geblieben, so sehr auch, abgesehen von der Preissteigerung landwirthschaftlicher Producte, schon Meliorationen das im Grund und Boden steckende Capital vermehrt haben. Es brachte die Grundsteuer ein 1867 13 086 256 Thlr. und ist abgeschätzt im Etat von 1876 13 214 000 Thlr. Das Mehr rührt wesentlich von der beim Verkauf von Domänen aufgelegten Grundsteuer her. Dagegen wächst die mit etwa 63 Procent auf den Städten lastende Gebäudesteuer von Jahr zu Jahr in ihrem Ertrage durch die Veranlagung neugebauter oder um ein Stockwerk vermehrter Häuser. Die Gebäudesteuer im ganzen Staate wuchs von 13 000 000 Mk. im Jahre 1867 auf 14 850 000 Mk. im Jahre 1873, und auf 15 761 000 Mk. nach dem Etat pro 1876. Als vor 1865 die Grund- und Gebäudesteuer neu regulirt wurde, erhöhte man gegen die bis 1865 gezahlten Beträge die Grundsteuer um etwa 25—30 Procent, die Gebäudesteuerlast dagegen um 50 Proc. — Wenn nun gar das Gesetz von 1861 zur Ausführung kommen sollte und 1880 eine neue Schätzung aller Gebäude nach dem Miethswerth der Jahre 1870 bis 1880 vorgenommen wird (während jetzt die Gebäudesteuer sich nach dem Ertrage von 1853 bis 1863 bemißt), so müßte dies die Gebäudesteuerlast mehr als verdoppeln. — In noch stärkerem Maße als die Gebäudesteuer ist die mit etwa 70 Procent auf den Städten lastende Gewerbesteuer angewachsen. Sie betrug 1867 13 536 438 Mk. und beträgt 1876 17 428 000 Mk. Das Wachsthum der Gebäudesteuer und Gewerbesteuer hat besonders den auf die Städte fallenden Theil stärker belastet.

Was die klassifizirte Einkommensteuer und die Klassensteuer anbetrifft, so ist bekanntlich die Klassensteuer seit 1874 kontingentirt worden. Damit war zugleich ein Erlaß an Klassensteuer in Höhe von 9 Millionen Mk. verbunden. Dieser Erlaß hatte einmal die Befreiung aller Personen mit einem Einkommen unter 140 Thlr. zur Folge, sodann eine erhebliche Ermäßigung der unteren Klassen. Ganz vorzugsweise ist dieser Erlaß dem platten Lande in den östlichen Provinzen zu Gute gekommen. Die nach dem neuen Steuergesetz auch in den unteren Klassen erfolgende Einschätzung nach dem Einkommen mußte nämlich besonders dort zum Vortheil gereichen, wo die Preise verhältnißmäßig niedrig stehen und mit der Wohnung und den gewöhnlichen Lebensmitteln auch der Arbeitslohn weniger beträgt, als in den Städten und in den Industriebezirken. Im Jahre 1875 wurde sodann die Mahlsteuer und als Staatssteuer auch die Schlachtsteuer aufgehoben; an deren Stelle trat die Klassensteuer. Die Mahl- und Schlachtsteuer wurde fast nur in Städten aufgehoben. Dem Steuercontingent der bisher klassensteuerpflichtigen Orte in Höhe von 11 Millionen Thlr. trat mit Rücksicht auf den Hinzutritt der bisher mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orte die Summe von 3 Millionen Thlr. hinzu. Die Veranlagung der Klassensteuer in den bisher mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten ergab aber 9 543 063 Mk, also noch eine halbe Million Mk. Steuer mehr als der Betrag, um den der neuen klassensteuerpflichtigen Städte halber das Steuercontingent erhöht worden war. Um den überschießenden Betrag halfen also die Städte das übrige Land entlasten. Ein Vergleich der von den früher mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten 1874 aufgebrachten Mahl- und Schlachtsteuer (nach Abzug der davon bei den Einkommensteuerpflichtigen gezahlten Vergütung) mit der 1875 von denselben Städten aufzubringenden Klassensteuer ergiebt denn auch, daß diese Städte noch nicht mit 1 Million Mk. an dem Steuernachlaß Theil genommen haben, welcher sich für das ganze Land auf 10¼ Millionen Mk. belief. Die Stadt Berlin zahlte im Jahre 1875 eine Million Mk. mehr an Einkommensteuer und Klassensteuer als im Jahre vorher an Einkommensteuer, Mahl- und Schlachtsteuer.

Den besten Beweis, wie sehr der Steuernachlaß der Jahre 1874 und 1875 dem platten Lande zu Gute gekommen ist, liefert die Thatsache, daß laut der dem Abgeordnetenhause überreichten amtlichen Tabelle an Einkommensteuer, Klassensteuer und Mahl- und Schlachtsteuer aufgebracht wurden vom platten Lande:

1867: 34 161 447 Mk., dagegen
1875: 30 201 810 Mk.,
also weniger: 3 959 637 Mk.

Andererseits wurde von den Städten aufgebracht in denselben Steuern:

1867: 31 205 175 Mk.,
1875: 44 455 278 Mk.,
also mehr: 13 250 103 Mk.

Während also die Städte 1867 noch 3 Millionen Mk. weniger zu zahlen hatten als das platte Land, zahlen sie jetzt 14 Millionen Mk. mehr. Das ist beinahe 50 pCt. mehr als der Steuerbetrag des platten Landes ausmacht.

Um den Einwand, daß seitdem auch die Bevölkerung in den Städten erheblich gewachsen sei, auf die richtige Bedeutung zu beschränken, sei hier auch noch angeführt:

Auf den Kopf der Bevölkerung kommen von solchen Steuern auf das platte Land:

1867: 2 Mk. 08 Pf.,
1875: 1 „ 85 „
also weniger: — Mk. 23 Pf.

Dagegen in den Städten:

1867: 4 Mk. 57 Pf.,
1875: 5 „ 42 „
also mehr: — Mk. 85 Pf.

Das Verhältniß, in welchem der Städter pro Kopf steuert, ist sonach gegen die Steuer des Landbewohners, vom 2¼fachen auf nahezu das Dreifache gestiegen.

Die im Jahre 1875 erfolgte Aufhebung des Chausseegeldes kam vorzugsweise der Landbevölkerung zu Gute. Andererseits muß eingeräumt werden, daß von der Aufhebung des Zeitungsstempels die Städter den größeren Vortheil hatten. Umgekehrt gereichte aber wieder die Verminderung der Kosten bei dem Auseinandersetzungs-Verfahren und den Grundbuchsachen insbesondere dem platten Lande zum Vortheil.

Alle diese Steuererleichterungen hat man im Abgeordnetenhause vorgenommen, weil man sie an und für sich für gerechtfertigt hielt. Man hat dabei nicht gefragt, ob die Erleichterung vorzugsweise dem Städter oder dem Landbewohner zu Gute kommt. Ebenmäßig hat man bei Ausgabe-Bewilligungen verfahren. Wollte man untersuchen, wohin die 13 Millionen Zuschüsse, welche jetzt gegen 1868 mehr für Elementarschulen ausgegeben werden, fließen, so würde sich herausstellen, daß dieselben ganz vorzugsweise dem platten Lande zu Gute gekommen sind. Fast ausschließlich ist dasselbe der Fall hinsichtlich der seit 1868 so beträchtlich erhöhten Dotation des landwirthschaftlichen Ministeriums. Ganz besonders dienen dem Aufschluß des platten Landes auch die neuen wesentlich für Straßenbauten bestimmten Dotationen der Provinzial-Verbände, wie die Fonds zur Durchführung der Kreisordnung, Bestreitung der Amtsunkosten u. s. w.

Eine vollständige Aufrechnung, wie sie die Conservativen oder Agrarier nur stückweise bringen, kann daher gerade zu dem umgekehrten Ergebniß als demjenigen führen, welches sie anstreben. Mag nun in Folge solcher Berechnungen im Abgeordnetenhause ein Dutzend Millionen Mark mehr nach der einen oder nach der andern Seite verwandt werden, größer als der Gewinn für einen Theil wäre der Schaden, welcher für beide Theile gleichmäßig dadurch entsteht, daß man solche Berechnungen überhaupt in die praktische Politik einzuführen strebt, und daß in Folge dessen an Stelle der bisherigen sachlichen Beurtheilung der Finanzfragen vom Standpunkt des gemeinsamen Staatsinteresses ein Gegensatz zwischen Stadt und Land den Ausschlag zu geben versucht. Wenn den angeblichen Interessenvertretern des platten Landes die künstliche Herausbildung eines solchen wirklich gelingen sollte, so werden sie den wirklichen Interessen der Landbewohner nicht minder schaden, als die Socialdemokraten schon dem angeblich von ihnen vertretenen Arbeiterstande zum Schaden gereicht haben.

Eugen Richter.

Deutschland.

△ **Berlin**, 11. Oct. Von den Etatsgruppen auf das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1877 ist nun auch der Militär-Etat und zwar

---

Stadt-Theater.

✱ Dem alten Wilhelmi'schen Stück „Einer muß heirathen“, das von den Herren L. Ellmenreich und Lewinger und den Damen Müller und Gottschalk hübsch und lustig gespielt wurde, folgte ein neues Lustspiel: „Der Lieutenant und nicht der Oberst“ von L. v. Saville nach einem älteren Stoffe des Grf. Fedro. Das Stück nennt sich Schwank und erinnert in seiner Einrichtung an die alten Kotzebue'schen Schwänke. In das Landhaus eines alten Obersten, der mit einigen ehelosen Freunden, unter denen sich nur ein jugendlicher, ein Lieutenant, befindet, ein behagliches Junggesellenleben führt, dringt plötzlich eine Schaar Frauen, drei alte Schwestern des Obersten, eine junge Nichte und die nöthigen Kammerzofen. In dieser Situation spielt sich nun die Handlung des Stückes ab: Die Schwestern haben es sich in den Kopf gesetzt, ihren alten Bruder mit der jungen Nichte zu verheirathen. Anfangs sträubt sich der Oberst, fängt aber bald Feuer und wird nur dadurch vor einer Thorheit bewahrt, daß auch der alte Major und sogar ein alter Husar, der ihm als Bursche dient, vor seinen Augen sich gleichfalls zu verlieben anfangen. Da natürlich die Nichte den Lieutenant und nicht den Obersten wählt, kommt alles schließlich wieder in Ordnung. Das Stück hat einige recht komische Scenen. Die Komik ist aber durchweg nur eine äußerliche der Situation. Wenn das Ganze in seinen 3 Acten sich trotzdem gestern recht erheiternd abspielte, so war das nur der durchweg trefflichen Darstellung zu danken. Die beiden alten Stabsoffiziere, die sich plötzlich zu verlieben anfangen, wurden von den Herren A. und L. Ellmenreich sehr charakteristisch dargestellt, ebenso der alte gemüthliche, für alle Mahlzeiten schwärmende Caplan von Hrn. Müller. Die drei alten Damen fanden in Fr. Müller, Frl. Matthes und Frl. Seebach gute Vertretung; namentlich erfreute die Letztere durch die decente und doch dabei sehr drollige Art, mit der sie die gealterte zarte Jungfrau spielte. Das Liebespaar wurde von Frl. Gottschalk und Hrn. Lewinger sehr hübsch gegeben. Unter den Kammerkätzchen zeichnete sich die Alma des Frl. Reichenbach durch keckes, resolutes Wesen aus. Auch der alte Husar Gregor wurde von Hrn. Kramer ganz verdienstlich gespielt.

R. S. **Zur Geschichte des Danziger Postwesens.**

(3. Fortgang der Verwaltung des Danziger Postwesens vor der ersten Theilung Polens.)

Die vielfachen Unruhen und Kämpfe, welche Polen in jener Zeit in Anspruch nahmen, ließen es zu, daß Paul de Gratta, der zehn Jahre später die General-Postmeister-Würde von Polnisch-Preußen erhielt, seinen eigenen Vortheil mehr wahrnahm, als den seines Monarchen. Er verwendete das Porto vielfach in seinem Nutzen, eröffnete heimlich die Briefe und nahm ebenfalls die traditionelle durchaus feindliche Haltung gegen die benachbarte kurfürstlich brandenburg'sche Postverwaltung ein. Die Danziger Post wurde von de Gratta wiederholt verpachtet. Einer seiner Pächter, der Stadtpostmeister Hartmann in Danzig, vereinbarte 1694 mit dem kurfürstlichen Postmeister Heuskus in Königsberg die Einrichtung einer fahrenden Post zwischen beiden genannten Orten, anfangs auf gemeinschaftliche, seit dem 1. Februar 1697 auf kurfürstliche Rechnung unterhalten.

Bei der Zusammenkunft des Kurfürsten Friedrich mit dem Könige August (zu Johannisburg) 1696 wurde auf Antrag Kurbrandenburgs gestattet, daß in Danzig ein gemeinschaftlich polnisch- und brandenburg'scher Postmeister angestellt wurde.

Als geeignete Persönlichkeit wurde der Secretär des damaligen brandenburg'schen Ober-Postdirectors Freiherrn v. Fuchs, Christian Hetscher, befunden und angestellt.

Die brandenburg'sche Staatskasse hatte an de Gratta seit längrer Zeit eine Forderung von 20 000 Thalern gemacht, welche dieser angeblich bei der Berechnung von Porto zum Nachtheil der kurfürstl. Postkasse zurückbehalten hatte. Hetscher suchte seine Stellung zu benutzen, um diese Forderung beizutreiben. Er behielt die gesammten Einnahmen zurück und führte dieselben der kurfürstl. Staatskasse zu; de Gratta nahm die Hilfe des Woywoden von Marienburg gegen Hetscher in Anspruch, diplomatischen Verwendungen und Bestechungen der polnischen Beamten gelang es jedoch die Anklage nicht allein zu beseitigen, sondern sogar eine Anerkennung der kurfürstl. Forderung gegen de Gratta zu erzielen.

Im Jahre 1704 kaufte der König Friedrich von Preußen in Danzig ein Haus[1]) für 6000 Thaler zur Abfertigung der Preußisch-Polnischen Posten. Paul de Gratta starb 1710, sein Neffe, de Sardi (Sohn des Kron-General-Postmeisters in Warschau) war sein Nachfolger.

Derselbe zeigte alsbald eine gleiche feindselige Haltung gegen das preußische Postwesen als sein Amtsvorgänger de Gratta.

Nach wiederholten persönlichen Streitigkeiten mit Hetscher, deren Ursache in der von Letzterem mit Strenge durchgeführten weitern Beitreibung der de Gratta'schen Schuld lag, bewirkte de Sardi die Amtsentsetzung Hetschers (1713), einseitig auf Befehl des Königs von Polen mit Gewalt ausgeführt.

Das vereinigte Stadt- und Preußische Postamt wurde in die Wohnung des de Sardi verlegt.

König Friedrich, müde der fortwährenden Differenzen, ließ am 13. Mai 1716 das preußische Posthaus in Danzig für 10 000 Gulden polnisch verkaufen, und hob das brandenburgische Postwesen in Danzig gleichzeitig auf.

Auf de Sardi folgte Thioli, diesem als polnischer General-Postmeister in Danzig Graf Stanislawski, unter dessen Verwaltung seit October 1765 die fahrende Post über Mewe, Graudenz, Culm, Thorn nach Warschau eingerichtet wurde.

Mit dem Tode Stanislawski's (1769) hörte das Amt des polnischen General-Postmeisters für Danzig und Polnisch-Preußen auf. Vier von Warschau aus angestellte Beamte besorgten die Postgeschäfte in Danzig. Verwirrung, Willkür, Uebervortheilung des Publikums war mehr als je die Folge der mangelnden Aufsicht und der Habgier der Beamten. Man taxirte nach Gefallen, machte die Regelmäßigkeit der Beförderung von besonderen Vergütungen für die Beamten abhängig. Klagen der von diesen Mißständen Betroffenen waren erfolglos oder wurden in Rücksicht auf die Schwierigkeiten der polnischen Rechtspflege vermieden. Die größeren Kaufleute unterhielten mehr und mehr besondere Boten, um ihre Briefe durch Vermittelung der benachbarten Preußischen Posten zu empfangen und abzusenden, und setzten sich willig der Gefahr aus, als Defraudanten von der Polnischen Postverwaltung bestraft zu werden.

Die Portofreiheit war in Danzig wie in Polen weit ausgedehnt, sie erstreckte sich ohne weitere Beschränkung und Prüfung auf alle Amts- und geistlichen Angelegenheiten, und was damit in entferntem Zusammenhang stand. Ueberdies war die Unsicherheit der Landstraßen so groß, daß die Preußischen Posten nach und von Königsberg durch das Danziger und Polnische Gebiet von preußischen Husaren begleitet werden mußten. Die Wege waren überaus schlecht, oft grundlos, fast nirgend fanden sich feste Brücken, deren Stelle zuweilen ein Kahn oder ein dürftig aus Baumstämmen hergestellter Uebergang vertrat.

[1]) Soviel bekannt auf dem Langenmarkt, in der Nähe des Artushofes belegen.

in derselben Anordnung wie früher erschienen. Die äußerst voluminöse Vorlage umfaßt den Etat für das preußische Reichsmilitär-Contingent und die in die preußische Verwaltung übernommenen Contingente anderer Bundesstaaten, den Etat für das sächsische und den Etat für das württembergische Contingent. Die Einnahmen des preußischen Etats sind veranschlagt für das 1. Quartal auf 76 837 Mk., ¼ des Ansatzes für 1876 beträgt 268 327,25 Mk., mithin weniger 191 490,25 Mk. Die fortdauernden Ausgaben belaufen sich auf 60 040 666 Mk. Darunter künftig wegfallend 61 326 Mk., ¼ des Ansatzes für das laufende Jahr beträgt 60 703 483,25 Mk. und nach sämmtlichen Abzügen 622 817,25 Mk. weniger. Hierzu treten: an einmaligen Ausgaben zur Gewährung von Zulagen an die Unteroffiziere bei den Truppen in Elsaß-Lothringen 28 692 Mk., so daß sich die Gesammtausgaben belaufen auf 60 069 358 Mk. Die Einnahmen des sächsischen Contingents betragen 4598 Mk. und nur 50 Pf. mehr als im ersten Viertel dieses Jahres. Die Ausgaben betragen fortdauernd 4 534 731 Mk. und 90 875 Mk. weniger als in diesem Jahre; dazu treten an einmaligen Ausgaben 253 264 Mk., also gestaltet sich die Summe der Ausgaben auf 4 788 015 Mk. Bei dem württembergischen Contingent belaufen sich die Einnahmen auf 2318 Mk., die fortdauernden Ausgaben auf 3 289 070 Mk., die einmaligen Ausgaben auf 2193 Mk., also die Gesammtausgaben auf 3 291 263 Mk.

— Der Kaiser kehrt am 20. d. M. aus Baden-Baden nach Berlin wieder zurück. Alle Nachrichten stimmen überein, daß der Gesundheitszustand des Kaisers, auch nach den Anstrengungen der Manöver während des Septembers ein ganz vortrefflicher ist. Das schöne Wetter wird vom Kaiser zu zahlreichen Ausflügen in die Umgebung Baden-Badens benutzt.

— Die Conservativen, welche nummerisch hier nicht in Betracht kommen, hielten Montag Abend eine Versammlung ab. Der bekannte Agrarier und Judenfresser Stadtgerichts-Rath Willmanns forderte zum Beitritt an das Programm der deutsch-conservativen Partei auf, welches jeder in der Versammlung Erschienene zugestellt erhielt. Dagegen eiferten Personen, welche mit der Regierung starke Fühlung haben, und es wurde auch schließlich der Antrag Willmanns mit großer Majorität abgelehnt. Charakteristisch ist, daß schließlich ein Comité von Vertrauensmännern ernannt wurde, welches aus Conservativen, Agrariern und den Spitzen der neuen zünftlerischen Handwerkerpartei zusammengesetzt ist.

Straßburg, 9. October. Die Erdarbeiten zum Bau des dreizehnten Forts am oberen Rhein beim Altenheimer Hofe sollen noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden, nachdem nunmehr auch die neu angelegte Militärstraße durch den Rheinwald zwischen Fort Werder und dem Altenheimer Hof fertiggestellt worden ist. Die Spezialentwürfe sind vom Kriegs-Ministerium genehmigt worden und sind die auszuführenden Arbeiten im Wege der Submission an ein Consortium vergeben worden; es wird nur noch der Eingang der Bestätigung des betreffenden Contractes abgewartet, um den Bau ungesäumt zu beginnen. Durch die Anlage dieses Forts soll die Verbindung mit den rechtsrheinischen Forts hergestellt werden. Letztere sollen, wie man uns mittheilt, in diesem Jahre bis auf den inneren Ausbau beendet werden.

Frankreich.

XX Paris, 10. October. Das gestern mitgetheilte Protocoll der äußersten Linken hat durchaus nicht den Beifall der soi-disant conservativen Presse gefunden. Selbst der „Moniteur" ist höchst entrüstet darüber, daß die Radicalen schon wieder eine Säuberung der Verwaltung verlangen, nachdem die bonapartistischen und monarchistischen Präfecten dutzendweise bei Seite geschafft worden. Vor Allem aber suchen der „Français" und andere Organe der Partei de Broglie's und Buffet's die Umsturztendenzen der „parlamentarischen Radicalen" dadurch zu beweisen, daß die letzteren abermals die Amnestiefrage zur Sprache bringen. Nun handelt es sich aber, wie man weiß, nicht um eine gesetzlich zu verfügende Amnestie, sondern nur um die Vermehrung der einzelnen, der Auswahl der Regierung anheimgegebenen Gnadenacte. Es läßt sich nicht leugnen, daß Dufaure's Versprechen, der Marschall-Präsident werde von seinem Begnadigungsrechte einen sehr ausgiebigen Gebrauch machen, bis zur Stunde schlecht gehalten worden ist. Die Aufgabe der Regierung war allerdings keine leichte; sie erforderte besonderen Tact, und an Tact hat man es entschieden fehlen lassen. Die Begnadigungen waren so vereinzelt und wurden mit so offenbarem Widerstreben gewährt, daß Niemand zufriedengestellt worden ist. Auch unter Denjenigen, die eine allgemeine Amnestie für bedenklich halten (und das ist wohl die Mehrzahl der Franzosen, wenn nicht der Pariser) gilt es für ausgemacht, daß viele Urtheile der Militärjustiz sehr voreilige und übertrieben strenge gewesen und daß die Zeit gekommen ist, die eigentlich politischen Sträflinge ihren Familien zurückzugeben. Die im Justizministerium eingesetzte Gnadencommission beweist eine Langsamkeit, welche um so stärker auffällt, als einem anderen formellen Versprechen der Regierung zuwider die Kriegsgerichte immer neue Urtheile fällen und zwar mit der alten Strenge. Erst in den allerletzten Tagen ist eine Milderung eingetreten. Die republikanische Partei in der Kammer erfüllt nur einen allgemein gehegten Wunsch, wenn sie auf die baldige Ausführung des Gatineau'schen Antrags betreffs Einstellung der Prozesse dringt; die nach so langer Frist eintretenden Verurtheilungen, denen nicht ein gemeines Verbrechen zu Grunde liegt, haben für alle Welt etwas Peinliches. Bei der Debatte über den Gatineau'schen Antrag aber wird die Forderung zahlreicherer Gnadenacte hervortreten können, ohne daß die Linke einen Angriff gegen die Regierung unternimmt. Der „Français" und Gen. stellen also die Lage nicht richtig dar, wenn sie zu verstehen geben, daß die Linke das Ministerium zu neuen Zugeständnissen zwingen oder einen Conflict herbeiführen wolle. Im Gegentheil will nach allen Andeutungen die republikanische Mehrheit, mit Einschluß der sogenannten republikanischen Union, d, i. der äußersten Linken, soweit sie unter Gambetta's Einfluß steht, jeden Conflict mit den Ministern so viel als möglich vermeiden, um nicht der Reaction im Senat eine willkommene Waffe zu geben. Gambetta räth seit längerer Zeit entschieden, den Hauptnachdruck in dieser Session auf die Discussion des Budgets zu legen und bei der Budgetdiscussion vorzüglich wird dann wohl die Haupt-Tagesfrage, der Streit nicht zwischen den Republikanern und dem Ministerium sondern zwischen den Republikanern und der clericalen Coalition, zum Austrag gebracht werden. Die Budgetcommission hat, jenem Plane gemäß, ihre regelmäßigen Arbeiten bereits wieder aufgenommen. Gestern verlas Gambetta einen Bericht über die Reformen, welche in dem jetzigen Steuersystem vorzunehmen; es wird darin speciell ein Plan entwickelt, die jetzigen directen Steuern durch ein neues System zu ersetzen. Wie man weiß, ist von der Anwendung dieser Reformen für das Budget von 1877 nicht die Rede; man will sie aber zur Debatte bringen, um die Anlage der künftigen Budgets vorzubereiten. — Im heutigen Ministerrath hofft der Duc Decazes seinen Collegen bestimmte und befriedigende Nachrichten über die Annahme des Waffenstillstands Seitens der Türkei machen zu können. Die Angelegenheit der Civilbeerdigungen soll, wie es heißt, so geordnet werden, daß den Mitgliedern der Ehrenlegion die militärischen Ehren nicht mehr in der Kirche oder auf dem Kirchhof, sondern blos im Sterbehause erwiesen werden. Der Kriegsminister soll sich dieser Reglements-Aenderung widersetzt aber auf Zureden de Marcère's schließlich ebenfalls seine Zustimmung gegeben haben, — Der Pariser Gemeinderath tritt heute zu einer außerordentlichen Session zusammen. Er wird über mehrere Angelegenheiten verhandeln, welche die Stadt Paris im höchsten Grade interessiren, unter anderem über die Anlegung einer Eisenbahn nach Méry-sur-Oise, wo der große Pariser Kirchhof seine Stelle finden soll. Dies Kirchhofs-Project, von welchem wir in früherer Zeit mehrfach zu berichten hatten, wird also von Neuem die öffentliche Meinung in Aufregung versetzen. Seine Durchführung ist nichts weniger als gesichert; man hat einen großen Widerwillen bei der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung zu überwinden. — Thiers wird den Winter über in Cannes bleiben; er hat dort eine Villa gemiethet; der Aufenthalt im Süden ist ihm von Dr. Barthe seiner Luftröhrenentzündung wegen anempfohlen worden. — Drouyn de l'Huys hat als Präsident der französischen Ackerbauvereine an die landwirthschaftlichen Gesellschaften im Auslande eine Einladung zu einem großen Ackerbau-Congreß für das Jahr 1878 gerichtet.

Italien.

Rom, 7. October. Der Herzog von Galliera, derselbe, welcher 25 Millionen Lire zum Ausbau des Hafens von Genua geschenkt hat, soll beabsichtigen, die karg ausgestattete Universität Rom mit 10 Millionen Lire zu beschenken. Wahrscheinlich wird dann auch das von dem Cassationspräsidenten Benedetto Castiglia angepriesene Project, die ewige Stadt zu einer internationalen Hochschule zu erheben, an welcher Professoren aller großen Nationen Europas in ihrer Muttersprache unterrichten sollen, zur Ausführung gebracht. Rom würde dann ein Hauptsitz der Wissenschaften werden.

England.

London, 10. Oct. Bei dem gestern unter Vorsitz des Parlaments-Mitgliedes Stansfeld in St. James-Hall abgehaltenen Meeting wurde ein Brief Gladstones verlesen, in dem er sagt, daß die Verhältnisse, welche die Versammlung nothwendig hätten erscheinen lassen, noch keineswegs aufgehört hätten zu wirken. In seiner Kritik der auswärtigen Regierungs-Politik spricht er die Befürchtung aus, daß bei dem großen Rath Europas den Wünschen Englands in der einen Wagschale, sein Gewicht und Einfluß in der andern entgegengehalten würden. Ein Festhalten an einer Politik, die von der Nation verurtheilt und vom Parlament nicht unterstützt wird, steht in Widerspruch mit dem Geiste der Verfassung und der darunter bisher befolgten Praxis und beeinträchtigt im gegenwärtigen Falle die Ehre und den Einfluß Britanniens. Die Meinung der Nation sollte diejenige der Herren überwiegen, welche die Zügel der Regierung in Händen halten, und wenn der Wille des Volkes also sei, so böte die Verfassung genügende Gründe, um demselben Geltung zu verschaffen. — Die heute hier eingetroffenen auswärtigen Nachrichten legen Zeugniß dafür ab, daß die versöhnende, wenn auch bestimmte Richtung der Politik in den Beziehungen zum Orient mit jedem Tage mehr Aussicht auf Erfolg gewährt. Der Correspondent des „Daily Telegraph" schreibt aus Konstantinopel, daß die eindringlichen Vorstellungen des englischen Gesandten einen entschiedenen Eindruck auf Abdul Hamid gemacht hätten, und daß die energische Sprache des Sir Elliot den Sultan persönlich einem Waffenstillstande geneigt gemacht hätte, der wie es den Anschein hat, seitdem bewilligt worden ist. Durch die ebenfalls gut verbürgte Nachricht der entschiedenen Ablehnung der durch Sumarokoff überbrachten aggressiven Vorschläge, von Seiten Oesterreichs, ist die Situation von beiden Seiten klarer geworden, denn es wird Jedem einleuchten, daß, wie geneigt der Sultan auch immer sein mag, seinen Armeen Halt zu gebieten und den Aufständischen den gewaltigen Vortheil eines Waffenstillstandes zu Nutzen kommen zu lassen, nichts mehr dazu angethan sein würde, seinen Einfluß zu neutralisiren, als die aufrecht erhaltene Drohung einer Occupation. Die österreichische Abweisung der russischen Occupations-Vorschläge hat wohl ruhigere Anschauungen am russischen Hofe bewirkt und so steht zu hoffen, daß man dem Sultan in seinem Wunsche Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung befriedigender Reformen zu erlangen, entgegenkommen werde. In Manchester soll am 25. Oct eine große Kundgebung der conservativen Vereine stattfinden, um dadurch der auswärtigen Politik der Regierung eine Stütze zu verleihen. — Gerüchte von bevorstehenden Veränderungen im Schooße des Ministeriums sind wiederum in Umlauf. In Kreisen, die in der Regel gut unterrichtet sind, heißt es, Lord Beaconsfield's Gesundheit sei der Art erschüttert, daß er noch vor dem Zusammentritt des Parlaments die Premierschaft niederlegen werde. Seine Annahme des Geheimsiegelbewahrerpostens neben dem des ersten Lords des Schatzamtes habe den Weg für die zu erwartende Veränderung gebahnt. Diejenigen, schreibt die „Weekly Dispatch", welche vorgeben, in Lord Beaconsfield's Absichten eingeweiht zu sein, versichern, daß er in Kurzem seinen Hauptposten an Sir Stafford Northcote abgeben und nur das Geheimsiegel behalten werde. Ward Hunt dürfte wahrscheinlich der neue Kanzler des Schatzamtes sein und Lord George Hamilton wird als der wahrscheinliche Marineminister bezeichnet, während Mr. C. B. Denison, ein alter Indier, sein Nachfolger als Unterstaatssecretär im Ministerium für Indien werden dürfte.

Rußland.

— Aus Volhynien wird von schrecklichen Hagelwettern berichtet. In welchem Grade diese Naturereignisse gewöhnlich die weiten sarmatischen Flächen verheeren, ergiebt die Thatsache, daß sich im Monat Juli v. J. blos in dem kleinen Gouvernement von Kielce die Verluste in Folge von Hagelschlag auf mehr als 9 Millionen Rubel beziffert haben.

Türkei.

PC. Konstantinopel, 6. Oct. Die augenblickliche Situation hier ist eine solche, um die Nerven selbst der Geduldigsten zu reizen. Die türkischen Staatsmänner sind nicht der Ansicht, daß die Ablehnung der Forderungen der europäischen Diplomatie zu einer Solidarität der Action zwischen den sechs Großmächten führen werde. Auf der Pforte zweifelt man nicht, daß vor der Eventualität einer Zerstückelung die in der Bildung begriffene Mächte-Gruppirung wieder auseinanderfalle. Sie hat stets darauf gerechnet und rechnet mehr denn je auf den Antagonismus der Interessen, welcher die Großmächte auseinanderhält. Der Umstand, daß gewisse Cabinete gezögert haben, sich dem St. Petersburger Cabinete anzuschließen, ist den Türken nicht entgangen und hat wesentlich dazu beigetragen, sie in ihrem Widerstande zu ermuthigen. So sehr der Sultan auch die Wiederherstellung des Friedens wünscht, so hält er doch vor Allem darauf, in Uebereinstimmung mit seinem Volke vorzugehen. Das türkische Volk, unbewußt der eigenen Schwäche und der Gefahr, in der es schwebt, will nicht den Forderungen Europa's in einer Frage nachgeben, die es nach allen Seiten hin gar nicht einmal zu fassen vermag. Wenn die türkische Regierung die Dinge kälter und mit der Ruhe und Ueberlegung, welche den Massen abgehen, in's Auge faßt, dann, dessen darf man sicher sein, würde es nicht minder einer energischen Collectiv-Action der Großmächte bedürfen, um dieselbe zur Bewilligung der von ihr erwarteten Concessionen zu bestimmen. Das türkische Gouvernement hat aber die Ueberzeugung, daß die Uneinigkeit der Mächte die Entwicklung dieser Action verhindern werde. Seine ganze Widerstandskraft beruht auf dieser Ueberzeugung. Letztere könnte aber denn doch die Pforte auf eine falsche Bahn führen, da es nicht unmöglich ist, daß Rußland Europa einen Modus der gemeinsamen Action proponirt, welcher von allen Mächten angenommen würde.

Danzig, 13. October.

* [Auszug aus dem Protokoll der 104. Sitzung des Vorsteheramts der Kaufmannschaft vom 11. October.] Anwesend die Herren: Goldschmidt, Albrecht, Bischoff, Böhm, Gibsone, Mix, Steffens, Töplitz, Siedler, Biber, Kosmack und Ehlers. In Folge eines Erlasses des Herrn Handelsministers vom 9. v. M. ist das Vorsteher-Amt durch die Königl. Regierung aufgefordert worden, die hiesigen Rheder und Schifffahrttreibenden auf die von der chinesischen Regierung kürzlich erlassene, in No. 183 des Reichs-Anzeigers veröffentlichte Strandungs-Ordnung aufmerksam zu machen. — Das Vorsteher-Amt hat den Entwurf einer Petition gegen die schutzzöllnerischen Bestrebungen, welche sich bekanntlich in erster Reihe auf die Beibehaltung der Eisen- und Maschinenzölle richten, aufgestellt und denselben an die Kreisausschüsse, Magistrate, Handelsvorstände und gewerblichen Vereine Westpreußens zur Absendung an den Bundesrath, den Reichstag und das Reichskanzler-Amt, bezw. auch an die Herren Finanz- und Handelsminister mitgetheilt. Die westpreußischen landwirthschaftlichen Vereine haben zufolge einer Mittheilung des Herrn Hauptvorstehers des Central-Vereins bereits gleichartige Eingaben an den Herrn Reichskanzler und den Reichstag gerichtet. Die Handelsvorstände der norddeutschen Seehandelsplätze sind von den diesseitigen Schritten mit dem Anheimstellen in Kenntniß gesetzt worden, sofern dies nicht schon geschehen, auch in ihren Kreisen in gleicher oder sonst geeignet erscheinender Weise vorzugehen. — Eingegangen ist eine Bekanntmachung des Oberzollinspectors zu Kopenhagen, betr. das Verbot der Lagerung gewisser Waaren auf dem Zollamte oder dem Zollamts-Speicher daselbst. — Vom Directorium der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft, sowie von der Kgl. Direction der Ostbahn sind folgende Tarifnachträge eingesandt worden: 13. Nachtrag zum Lokaltarife der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft, 3. Nachtrag zum Lokaltarife der Kgl. Ostbahn, 104. Nachtrag zum preußisch-braunschweigischen Verbandtarife, 28. Nachtrag zum Berlin-Bremer, 16. und 17. Nachtrag zum ost-mitteldeutschen, 52. Nachtrag zum Berlin-Kölner Verbandtarife, 8. Nachtrag zum Berlin-Kölner Steinkohlentarif, 9. Nachtrag zum Tarif für den directen Verkehr zwischen Stationen der Berlin-Stettiner und der Berlin-Hamburger Bahn, 19. Nachtrag zum Ostdeutsch-Rheinischen Verbandtarif, erster Nachtrag zum Special-Tarif für Schlachtvieh zwischen der Kgl. Ostbahn und Hamburg; — ferner 2 Tarifverfügungen der Kgl. Direction der Ostbahn, betr. den Transport von Eisenbahnschwellen im Bremen-Hamburg-Preußischen Verkehr, sowie von Eisenbahnschienen zwischen Pillau und Königsberg und Wirballen; — endlich eine Bekanntmachung, wonach „Talg" zwischen Danzig-Neufahrwasser und Lodz zu den Frachtsätzen der Klasse C. des Preußisch-Polnischen Verband-Tarifes befördert wird. — Die vorstehenden Tarifnachträge liegen auf dem Secretariate zur Einsicht aus. — Die Kgl. Direction der Ostbahn hat mitgetheilt, daß nunmehr die Publikationen über Tarifveränderungen 2c. in sämmtlichen Verband- und directen Verkehren, an welchen die Kgl. Ostbahn betheiligt ist, durch den Deutschen Reichs-Anzeiger zur Kenntniß des Publikums gebracht worden, mit Ausnahme der Preußisch-Ungarischen, Preußisch-Oesterreichischen, Preußisch-Russischen, sowie des Verkehrs zwischen Cüstrin und Stationen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, in welchen Verkehren die Publikationen durch je ein am Sitze der Verbandsverwaltungen erscheinendes öffentliches Blatt erfolgen. — Von den Herren Gibsone und Ehlers ist eine neue Eingabe an das Reichskanzler-Amt über die unterm 15. August publicirte Merchant Shipping Act 1876 ausgearbeitet worden. Dieselbe wurde vorgelesen und genehmigt, und zugleich beschlossen, sowohl die frühere als die neue Eingabe in Form einer Brochure drucken zu lassen, um dieselbe an andere Handelsvorstände und Corporationen, sowie an die Mitglieder des Deutschen Reichstages zu vertheilen.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.
Goldschmidt.

* Die von dem Vorsteher-Amte unserer Kaufmannschaft an das Reichskanzler-Amt, den Bundesrath und den Reichstag gerichtete Eingabe um Abweisung der schutzzöllnerischen Bestrebungen, welche außerdem auch den Herren Ministern Camphausen und Dr. Achenbach mitgetheilt worden ist, lautet: „Durch die ausgedehnten und überaus eifrigen Agitationen, welche bereits im vorigen Jahre vornehmlich von den binnenländischen Großindustriellen in's Werk gesetzt wurden, um eine Aenderung der in Deutschland seit Anfang der Sechsziger Jahre verfolgten Zoll- und Handelspolitik in schutzzöllnerischem Sinne herbeizuführen, und welche sich in erster Reihe auf eine Suspension des Zolltarifgesetzes vom 7. Juli 1873 richteten, ist damals eine kaum minder lebhafte Gegenagitation namentlich der landwirthschaftlichen, gewerblichen und commerciellen Kreise der deutschen Küstenprovinzen hervorgerufen worden. Auch die landwirthschaftlichen, commerciellen und gewerblichen Vereine und Corporationen, sowie die Kreisausschüsse und Magistrate Westpreußens haben damals nicht unterlassen, gegen jene schutzzöllnerischen Bestrebungen und Forderungen energischen Widerspruch zu erheben und ihrerseits die unveränderte Ausführung der Bestimmung sub V. des Tarifgesetzes vom 7. Juli 1873 — nach welcher die unter III., No. 3 bis 8 dieses Gesetzes aufgeführten Eisen- und Maschinenzölle vom 1. Januar 1877 ab aufgehoben sind — als ein im Interesse der Landwirthschaft, des Gewerbefleißes und der Handelsthätigkeit, sowie aller Consumenten unabweisbares Bedürfniß zu bezeichnen. Die Beschlüsse, welche in dieser Hinsicht von einer am 25. September v. J. in Danzig abgehaltenen Versammlung der erwähnten

---

Unter Stanislaus Poniatowski wurde eine Reform des polnischen Postwesens versucht. Man berief Commissarien nach Warschau, welche einen neuen Tarif und einen neuen Rechnungs-Modus festsetzten.

Für jeden Brief innerhalb Landes sollten vom Absender 12 Groschen polnisch erhoben werden.

Der bisherige Kron-General-Postmeister Marschall von Bieberstein wurde verabschiedet und an seine Stelle der Ober-Postcommissarius Sartorius aus Danzig berufen. Die Postmeister erhielten eine bestimmte Besoldung und sollten hiedurch von Unterschleifen und Willkürlichkeiten abgehalten werden.

Die alte Gewohnheit, verbunden mit der allgemeinen Verwirrung der staatlichen Verhältnisse Polens zu jener Zeit verhinderten das gehoffte günstige Resultat dieser Einrichtungen. Die alten Mißstände blieben nach wie vor. So kam das Jahr 1772 heran, mit ihm die erste Theilung Polens, welche die bisherigen Zustände des Postwesens in Danzig unhaltbar machte.

* Literarisches.

Lehrbuch der Zoologie in populärer Darstellung. Nach methodischen Grundsätzen für gehobene Lehranstalten, sowie zum Selbstunterrichte bearbeitet von Dr. C. Baenitz. Mit 382 in den Text gedruckten Holzschnitten. — Berlin. Adolph Stubenrauch 1876. (VIII. u. 280 S.) — Der Verfasser theilt nach einen pädagogischen Plan sein Lehrbuch in 4 Curse; der erste (Betrachtung der einzelnen Art) umfaßt 25 Vertreter aus den ersten fünf Thierklassen, einheimische wie ausländische Thiere, von den letzteren diejenigen, mit welchen das jugendliche Gemüth schon längst in Mährchen und Erzählung Bekanntschaft gemacht, wie Löwe, Strauß; von den einheimischen finden wir: Maulwurf, Igel, Maus, Pferd, Haushahn, Hecht, Maikäfer, Ameise u. s. w. Auch bei dem zweiten Cursus (Betrachtung mehrerer Arten, welche zu einer Gattung gehören) sind nur solche Thiere ausgewählt, mit denen der Schüler schon eine allgemeine Bekanntschaft hat. Es soll demselben hier Gelegenheit gegeben werden, sowohl die unterscheidenden Merkmale zweier Arten einer Gattung scharf und bestimmt durch eigene Anschauung zu finden, als auch aus den übereinstimmenden Kennzeichen verwandter Arten den Character der Gattung ableiten zu können. Der zweite Cursus ist also die Vorschule der Systematik, mit der es der dritte und längste zu thun hat. Der vierte Cursus endlich beschäftigt sich mit der Anatomie und Physiologie des Menschen und der Thiere, soweit beide Wissenschaften in den Kreis der Schule gehören. Der Verfasser behandelt seinen Stoff klar, anschaulich und so, daß er das Interesse für denselben stets rege zu halten weiß. Bei der durch den Zweck bedingten Knappheit der Darstellung kommt doch alles zu seinem Recht, was zu einer Einführung in eine wissenschaftliche Erfassung dieses Theiles der Naturwissenschaften erforderlich ist. Ganz vortrefflich sind die zahlreichen in den Text gedruckten Holzschnitte, die dem Buche wahrhaft zur Zierde gereichen. Es wird nicht nur jedes Thier sprechend treu in seinen Formen, sondern auch mit dem charakteristischen Ausdruck seines Wesens und zugleich in seiner gewöhnlichen Umgebung zur Anschauung gebracht. Durch das beigefügte alphabetische Register wird die Nutzbarkeit des Buches als Handbuch außerordentlich erleichtert. — Das Buch empfiehlt sich nicht nur als Grundlage für den Schulunterricht, sondern wird auch als anregende Gabe für das Selbststudium von unserer Jugend dankbar aufgenommen werden. Bei dem Umfang und der hübschen Ausstattung des Buches erscheint der Preis von 2 Mark für dasselbe ein erstaunlich geringer.

westpreußischen Corporationen gefaßt wurden, sind den hohen gesetzgebenden Gewalten des Reiches durch die gemeinsame Vorstellung der Hauptverwaltung des Centralvereins westpreußischer Landwirthe und des Vorsteher-Amtes der Kaufmannschaft zu Danzig vom 11. October v. J., sowie gleichzeitig durch zahlreiche Einzelpetitionen der betheiligten Körperschaften vorgetragen und durch eine Denkschrift „Zur Kritik der schutzzöllnerischen Agitation" ausführlich begründet worden. Zu unserer lebhaften Freude und Genugthuung hat alsdann der Reichstag in seiner Sitzung am 7. Dezember v. J. mit erheblicher Majorität beschlossen, über die sämmtlichen in Bezug auf das Gesetz vom 7. Juli 1873 eingegangenen Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, und sich damit der in der vorangegangenen Discussion von dem Herrn Präsidenten des Reichskanzler-Amtes ausdrücklich ausgesprochenen Auffassung angeschlossen: „daß zur Zeit keine Veranlassung vorliege, das Gesetz vom 7. Juli 1873 zu ändern."

„Wenn wir hatten erwarten dürfen, daß nach einer so entschiedenen Abweisung der schutzzöllnerischen Bestrebungen durch Reichsregierung und Reichstag ein weiterer Versuch, die nach dem Gesetz vom 7. Juli 1873 mit dem 1. Januar 1877 in Wirksamkeit tretende Aufhebung der Eisen- und Maschinen-Zölle rückgängig zu machen, nicht werde gemacht werden, — so haben wir uns in dieser Erwartung durchaus getäuscht. Die schutzzöllnerische Agitation ist vielmehr seitdem wo möglich nur noch eifriger und intensiver betrieben worden. Indem dieselbe einerseits in den Vorbereitungen für die bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge eine geeignete Gelegenheit gefunden zu haben glaubt, mit ihrer Forderung einer allgemeinen Umkehr der Deutschen Zoll- und Handels-Politik zu einem möglichst ausgebildeten Schutzsystem hervorzutreten, — hat sie doch andererseits keineswegs darauf verzichtet, das Tarifgesetz vom 7. Juli 1873 als eine günstige Handhabe für ihre Bestrebungen zu benutzen. Die verschiedenartigen Industrie- und Interessen-Gruppen, welche sich in Deutschland zu dieser Schutzzollagitation vereinigt haben, wissen sehr wohl, daß schon eine Suspension des Tarifgesetzes vom 7. Juli 1873 eine gründliche Umkehr der gesammten deutschen Zollpolitik bedeuten und bald weitere Consequenzen nach sich ziehen würde. So erklärt es sich, daß der neuerdings gebildete „Centralverband Deutscher Industrieller," obwohl in demselben zahlreiche Industriezweige vertreten sind, welche an sich durch die Fortdauer der Eisen- und Maschinenzölle nur belastet würden, dennoch an die Spitze seiner am 29. v. M. auf dem Delegirtentage in Bremen beschlossenen Resolution die Forderung gestellt hat, daß dem Reichstage in seiner bevorstehenden Herbstsession von den hohen verbündeten Regierungen eine Vorlage gemacht werde, dahingehend, das Gesetz vom 7. Juli 1873 zu suspendiren und demgemäß die Zölle auf Eisen und Stahl und die daraus gefertigten Fabrikate über den 1. Januar 1877 hinaus bis auf Weiteres beizubehalten. Wir können nicht zweifeln, daß auch in diesem Jahre aus schutzzöllnerischen Kreisen zahlreiche Kundgebungen und Petitionen an die hohen gesetzgebenden Gewalten des Reiches werden gerichtet werden, welche eine Fordauer der durch das Gesetz vom 7. Juli 1873 zum 1. Januar 1877 aufgehobenen Eisen- und Maschinen-Zölle verlangen. Im Interesse einer gesunden Entwickelung unserer nationalen Wirthschaftsverhältnisse und in besonderer Rücksicht auf die gesammten Erwerbsverhältnisse der vorwiegend auf Landwirthschaft und Seehandel angewiesenen Ostseeprovinzen glauben wir derartigen schutzzöllnerischen Kundgebungen gegenüber nicht schweigen, vielmehr unsere vorjährigen Gegenvorstellungen ausdrücklich erneuern zu sollen. Von einer ausführlichen Erörterung der „Eisenzollfrage" können wir dabei allerdings um so eher absehen, als die von schutzzöllnerischer Seite angeführten Gründe für eine längere Beibehaltung der Eisen- und Maschinenzölle bereits in der Sitzung des Reichstages vom 7. Dezember v. J., namentlich durch die Ausführungen des Herrn Präsidenten des Reichskanzler-Amtes, ihre volle Widerlegung gefunden haben. Wenn aber neuerdings in den schutzzöllnerischen Kundgebungen, wie u. a. in der erwähnten Resolution des Centralverbandes Deutscher Industrieller vom 29. September d. J. versucht wird, die Forderung der Suspension des Gesetzes vom 7. Juli 1873 durch die „gegen den Herbst vorigen Jahres wesentlich verschlechterten wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes" zu begründen, — so können wir dem gegenüber — sofern mit diesen „verschlechterten wirthschaftlichen Verhältnissen" die Lage der Deutschen Eisen-Industrie gemeint sein soll — nur hervorheben, daß unseres Wissens niemals und von keiner Seite bestritten worden ist, weder daß diese Industrie sich im vorigen Jahre in einer Krisis befand, noch daß diese Krisis auch damals ihren Höhepunkt wahrscheinlich nicht erreicht habe. Was dagegen bestritten wurde, war, daß die Ursachen wie die Heilmittel dieser Krisis in dem Deutschen Zolltarife zu suchen seien. Wir meinen, daß heute ebensowenig wie vor Jahresfrist die Suspension des Tarifgesetzes vom 7. Juli 1873 geeignet ist, die derzeitige schwierige Lage der Deutschen Eisen- und Stahl-Industrie zu beseitigen oder auch nur zu bessern. Andererseits ist aber für die übrigen „wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes", für die Gesammtheit der Eisenconsumenten, und namentlich für die Landwirthschaft und alle diejenigen Gewerbszweige, welche des Eisens und der Maschinen als eines unentbehrlichen Hilfsmittels in größerem oder geringerem Umfange bedürfen, der endliche Wegfall der Eisen- und Maschinenzölle heute mindestens nicht weniger nothwendig als vor einem Jahre. Schon in der vorjährigen westpreußischen Denkschrift „Zur Kritik der schutzzöllnerischen Agitation" ist hervorgehoben worden: wie „eine gleichmäßige Gerechtigkeit auch für den Fall einer Wiedereinführung der zum 1. Januar 1877 aufgehobenen Eisen- und Maschinenzölle doch allermindestens voraussetzen würde, daß diesmal den Eisenconsumenten eine eben so reichlich bemessene Frist gelassen werde, die im Vertrauen auf das Tarifgesetz vom 7. Juli 1873 theilweise aufgeschobenen und erst zum Jahre 1877 in Aussicht genommenen Bezüge an Eisen- und Stahlwaaren sowie Maschinen auszuführen, wie sie im Jahre 1873 den Eisenproducenten zur Vorbereitung auf den Wegfall der Eisen- und Maschinenzölle gewährt worden ist." Das Verlangen, noch jetzt in letzter Stunde die vor 3½ Jahren verheißene, und unterdeß durch den Beschluß des Reichstages vom 7. Dezbr. v. J. von Neuem versicherte Zollbefreiung der Eisen- und Stahlwaaren sowie der Maschinen wieder rückgängig zu machen, kann unserer Meinung nach nur von einer vollständigen Rücksichtslosigkeit gegen alle anderen Erwerbsinteressen als die vermeintlichen Interessen der Eisenindustriellen selbst dictirt werden. Um so mehr glauben wir aber überzeugt sein zu dürfen, daß die hohen gesetzgebenden Gewalten des Reiches solchem Verlangen heute noch weniger Folge geben werden als im vorigen Herbste. Wir vertrauen daher zuversichtlich auf die Genehmignng unserer gehorsamen Bitte: Alle Anträge auf Wiederherstellung der durch das Gesetz vom 7. Juli 1873 zum 1. Januar 1877 aufgehobenen Eisen- und Maschinenzölle sowie ferner alle Anträge auf anderweitige schutzzöllnerische Aenderungen des deutschen Zolltarifes abweisen zu wollen."

* Auf Grund des Gesetzes vom 28. Juni v. J. ist eine die Tagegelder und Reisekosten der Medicinalbeamten betreffende Kgl. Verordnung erlassen worden, deren Bestimmungen dieser Tage in Kraft getreten sind. Nach derselben haben die Medicinalbeamten zu erhalten: für amtliche Geschäfte in einer Entfernung von nicht weniger als zwei Kilometern von ihrem Wohnorte: a. in gerichtlichen Angelegenheiten 9 Mk. Tagegelder und an Reisekosten bei Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen für den Kilometer 13 Pf., für jeden Zu- und Abgang 3 Mk.; bei Reisen, welche auf andern Wegen gemacht werden, für den Kilometer 50 Pf. Kreis- und Departements-Thierärzte erhalten an Tagegeldern 4½ Mk.; an Reisekosten beziehentlich (wie vorerwähnt) 10 Pf. und 2 Mk. 25 Pf.; b. in allen anderen Fällen erhalten Kreisphysiker, Kreiswundärzte und Departements-Thierärzte, letztere jedoch nur bei Reisen, welche sie nach einem außerhalb ihres engern kreisthierärztlichen Bezirks hin vornehmen, an Tagegeldern 12 Mk., an Reisekosten wie vorher 13 Pf. und 3 Mk., dann 60 Pf.; Kreisthierärzte und Departements-Thierärzte, letztere innerhalb ihres Bezirks, an Tagegeldern 6 Mk., an Reisekosten 10 Pf. und 2 Mk., dann 40 Pf. Die Reisekosten werden bei Hin- und Rückreise besonders, ferner wird jeder angefangene Kilometer für voll gerechnet. Bei Reisen von nicht weniger als zwei, aber unter acht Kilometer sind die Reisekosten für acht Kilometer zu gewähren.

* Bei der Güter-Expedition der K. Ostbahn sind im Monat Juli cr. angekommen: 161 675 Kil. Weizen, 62 021 Kil. Roggen, 6059 Kil. Gerste, 6250 Kil. Erbsen, 14 197 Kil. Hafer, 2 058 256 Kil. Rübsen, 17 954 Kil. Spiritus; versandt: 10 000 Kil. Weizen, 127 500 Kil Roggen, 800 Kil. Erbsen, 12 500 Kil. Hafer, 5100 Kil. Wicken, 8600 Kil. Mais, 24 000 Kil. Spiritus. Im Monat August angekommen: 1 883 480 Kil. Weizen, 578 839 Kil. Roggen, 161 127 Kil. Gerste, 13 000 Kil. Hafer, 1 615 382 Kil. Rübsen, 18 760 Kil. Spiritus; versandt: 7000 Kil. Weizen, 12 600 Kil. Roggen, 24 300 Kil. Gerste, 94 000 Kil. Spiritus. Im Monat September angekommen: 8 231 246 Kil. Weizen, 316 964 Kil. Roggen, 621 861 Kil. Gerste, 81 208 Kil. Erbsen, 46 565 Kil. Hafer, 116 027 Kil. Rübsen, 25 158 Kil. Spiritus; versandt: 5100 Kil. Weizen, 44 200 Kil. Gerste, 21 800 Kil. Erbsen, 5100 Kil. Lupinen, 12 200 Kil. Spiritus.

* Gestern Mittags entsprang aus dem Bureaulokal des hiesigen Criminalgefängnisses der soeben wegen Körperverletzung zu 1½ Jahren Gefängniß verurtheilte und auf der Gerichtsstelle verhaftete Arbeiter Sonnabend von hier. Seine Wieder-Ergreifung ist noch nicht gelungen.

* Der hiesige Kaufmann R. beauftragte gestern Mittags einen bei ihm in Pension befindlichen jungen Mann, eine Summe von 243 ℳ. bei der K. Bank einzuzahlen. Statt diesem Auftrage zu genügen, setzte sich derselbe auf die Eisenbahn, um mit dem Gelde nach Rußland zu entfliehen. Da er aber sofort telegraphisch verfolgt wurde, dürfte er wohl nicht weit kommen.

Kleinkrug, 10. Oct. Der Provinzial-Landtag hat sich kürzlich mit der Angelegenheit des Münsterwalder Deichverbandes beschäftigt und für denselben 9000 ℳ. bewilligt. Ueber die Einzelheiten dieses Projects ist folgendes zu bemerken. Die auszuführende Eindeichung soll die Weichsel abhalten, ihren natürlichen Weg zu verlassen. Die Eindeichung bewirkt, daß die Marienwerder-Czerwinsker Provinzial-Chaussee seltener überflutet wird, hierdurch vermindern sich die Reparaturen und werden die häufigen Unterbrechungen des Verkehrs vermieden. Das letztere ist für die auf dem linken Weichselufer belegenen Ortschaften des Kreises, darunter die Stadt Mewe, und diejenigen auf dem rechten Ufer, welche auf die Verbindung mit dem Bahnhof Czerwinsk angewiesen sind, von wesentlichem Vortheil. Die Kosten sind auf 26 580 ℳ. veranschlagt. Außer den 9000 ℳ. vom Provinzial-Landtag sind 6000 ℳ. vom Stromfiscus in Aussicht gestellt. Der Rest von 11 580 ℳ. soll von den Grundbesitzern der Gemeinden Fiedlitz, Münsterwalde, Forstverein Eichwalde und den beiden Applinken aufgebracht werden. (G.)

* Der Gustav-Adolf-Verein für die Provinz Preußen wird seine nächstjährige Haupt-Versammlung Ende Juni in Pillau abhalten.

* Thorn, 11. October. Von dem hiesigen Wahl-Comité ist an den Minister des Innern die Bitte gerichtet worden, die Wahltermine mit Rücksicht auf die jüdische Bevölkerung nicht auf einen Freitag oder Sonnabend anzuberaumen. Die Petition dürfte indessen zu spät kommen.

J. Provinzial-Landtag.

12. Sitzung vom 11. October.

Abg. Quadt-Prowehren berichtet im Namen des Finanz-Ausschusses über die Petition des Magistrats zu Königsberg, betreffend die Aufbringung der Chausseebaubeiträge. Vor Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer hat die Stadt Königsberg 1/6 des Betrages des ganzen Regierungsbezirks beigetragen. Nach Aufhebung derselben wurde sie nach einer ganz anderen Repartition herangezogen, nämlich mit 1/3 der Klassen- und Einkommensteuer und sie zahlt nun ein volles Drittel von der Summe des Bezirks. Die Stadt hat beim Provinzial-Ausschuß dagegen reclamirt und ist von diesem abgewiesen, jedoch nur aus dem Grunde, weil die Reclamationsfrist versäumt war. Die Sache unterliegt nun der Entscheidung des Verwaltungsgerichts, dies soll entscheiden, ob das Regulativ von 1854 die Quote der Stadtkreise ein für allemal festgesetzt hat, oder ob durch Wegfall der Mahl- und Schlachtsteuer von selbst ein anderer Repartitionsmodus eintritt. Mit dem Jahre 1877 tritt § 106 und 107 der Provinzial-Ordnung in Kraft, es wird dann nicht blos Klassen- und Einkommensteuer, sondern die Summe sämmtlicher directen Steuern zur Grundlage genommen. Aber auch dann wird Königsberg noch 1/4 der Chausseebeiträge des Bezirks zu zahlen haben. Die Stadt Königsberg petitionirt nun darum, daß die Stadtkreise nur mit 2/3 sämmtlicher Steuern herangezogen werden sollen, wodurch Königsberg wieder auf 1/6 des Bezirks käme. Die Petition führt an, daß hier § 110 der Provinzial-Ordnung zutreffe, der eine Mehr- oder Minderbelastung gestatte, daß Königsberg 11 Meilen Straßen zu unterhalten habe, für welche es niemals einen Zuschuß bekommen werde, wie die Kreise für ihre Chausseen. Der Finanzausschuß empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung, weil erst die Entscheidung des Verwaltungsgerichts abgewartet werden müsse.

Abg. Dr. Möller bittet dringend um Annahme der Königsberger Petition. Die Stadt Königsberg zähle nur 1/10 der Einwohner des Bezirks, wenn sie 1/6 der Beiträge zahle, so entspreche dies schon der größeren Steuerkraft.

Abg. Thomale: Die Stadt Elbing habe sich der Petition nicht formell angeschlossen, aber nur deshalb nicht, weil diese generell gehalten sei; Redner empfiehlt gleichfalls die Petition, die Elbing und Danzig, ja zum Theil auch Graudenz und Thorn ebenso gut angehe, wie Königsberg.

Abg. Donalies gegen die Petition. Für dieselbe sprechen weder Rechts- noch Billigkeitsgründe. Die Chausseebaubeiträge seien eine Personalsteuer, die Jeder zu zahlen habe, der Klassen- und Einkommensteuer zahlt. Daß die Stadt Königsberg dieselbe nach einem andern Modus aufbringe, sei ein reines Internum derselben. Wenn sie früher besser wegkam, so war das ihr Vortheil. Wenn die Stadt eine Prämie für Unterhaltung ihrer Straßen verlangen sollte, so lasse sich darüber debattiren.

Abg. Damme bringt einen Antrag ein, durch welchen der Provinzial-Ausschuß beauftragt werden soll, die Frage zu untersuchen und dem nächsten Landtage darüber eine Vorlage zu machen. Nachdem noch der Abg. Selke die Ausführungen des Abg. Donalies lebhaft bekämpft hat, erklären sich die Abgg. Rickert und Seydel für den Antrag Damme, und dieser wird, nachdem der Antragsteller ihn noch eingehend begründet, mit großer Majorität angenommen.

Der Präsident macht dem Hause die Mittheilung ihm sei soeben ein Schreiben des Abg. Freiherrn v. Buddenbrock-Kl. Ottlau zugegangen, in welchem dieser sein Mandat als Vertreter des Kreises Marienwerder niederlegt.

Ref. Abg. v. Weiher begründet und empfiehlt die Vorlage, betreffend Verkleinerung des Kreises Schlochau. Derselbe erklärt die Verkleinerung aus wirthschaftlichen und anderen Gründen für durchführbar, zweckmäßig und wünschenswerth. Die Gestaltung des Kreises Schlochau, die Lage der Kreisstadt an der Peripherie des Kreises, habe zu vielfachen Klagen Veranlassung gegeben. Die Theile, welche zu weit von der Kreisstadt Schlochau entfernt liegen, sollen zu der Provinz Pommern und zwar zu den angrenzenden Kreisen des Reg.-Bezirks Cöslin geschlagen werden. Es werden dadurch 12,78 Quadratmeilen mit mehr als 18 000 Seelen abgezweigt, der Kreis Schlochau behält dann noch 26 Quadratmeilen mit 42 275 Einwohnern. Die Verwaltung von Cöslin hat zugestimmt. Vielfache Projecte zur Theilung des Kreises in 2 oder 3 Kreise haben zu keinem Resultat geführt. Der abzuzweigende Theil ist auch in wirthschaftlichen und Verkehrsbeziehungen auf Pommern angewiesen.

Der Abg. v. Tepper-Laski (Landrath von Schlochau) schließt sich diesen Ausführungen an und fügt noch das wirthschaftliche Moment hinzu, daß der abzuzweigende Theil ein ertragloser Landstrich sei. — Die Vorlage wird angenommen.

Dem Rittergutsbesitzer Frankenstein in Niederhof, Kr. Neidenburg, wird für 5 demselben gehörige, an der Lungenseuche gefallene Stücke Vieh die reglementsmäßige Entschädigung aus dem Viehversicherungsfonds bewilligt.

Eine Petition der Communalbehörden von Rosenberg, betreffend den Neubau einer Chaussee von Saalfeld nach Bahnhof Rosenberg auf Provinzialkosten, wird dem Provinzial-Ausschuß zur Kenntnißnahme überwiesen. Sie wird u. A. dadurch begründet, daß ein Brief von Rosenberg nach dem 68 Meilen entfernten Berlin schneller gelangt als nach dem 3½ Meilen entfernten Saalfeld.

Die Kreise Lyck, Ragnit, Darkehmen, Insterburg und Heinrichswalde petitioniren um Gewährung von 2000 ℳ. Bauprämien pro Kilometer für sogenannte Nothstandschausseen (vom Nothstandsjahr 1867), Die Commission empfiehlt sie dem Provinzial-Ausschuß, der dem Landtage eine Vorlage über die Beschaffung der dazu nöthigen Mittel machen soll.

Der Abg. Damme bekämpft die Forderung der Petitionen und weist aus den Protocollen des alten Landtages nach, daß wenigstens die in der Lycker Petition gemachten Ausführungen nicht zutreffen. Er folgert aus den in jenen Protocollen bekundeten Thatsachen und den jetzigen Forderungen, daß die Petenten also schlußfolgern: Weil der alte Landtag nichts bewilligt hat, also haben wir ein Recht darauf. Redner hält die ganze Idee der „Stärkung der Kreise" überhaupt für gefährlich; wenn man auch hier dies Princip durchführen wolle, so werde man schließlich dazu kommen, daß auch diejenigen nichts von der Provinz erhalten könnten, welche ein Recht dazu haben. Wer am meisten jammern könne, der scheine am ersten dazu zu kommen, von der Provinz unterstützt zu werden.

Abg. Dirichlet bekämpft lebhaft den Abg. Damme. Aus welchen Gründen sei früher für diese Chaussee nichts bewilligt? Weil keine Mittel vorhanden waren. Man sage jetzt, die Prämiirung könne nicht rückwirkende Kraft haben. Sie haben aber schon gestern dies beschlossen. (Ruf von westpreußischer Seite: Wir nicht.) M. H., Ihre Unterbrechungen sind keine Argumentationen. Wenn früher aus Mangel an Mitteln nichts bewilligt werden konnte, warum sollte nicht jetzt, da die Mittel vorhanden sind, eine Kleinigkeit gegeben werden.

Abg. Breck beantragt, die Petitionen dem Prov.-Ausschuß zur Prüfung mit der Maßgabe zu überweisen, dem nächsten Landtage darüber eine Vorlage zu machen.

Abg. Dr. Wehr: Der Abg. Dirichlet hat gesagt, wir hätten gestern für die von ihm berührte Vorlage gestimmt, welche Prämien mit rückwirkender Kraft einführe. Wir (die Westpreußen) haben aber dafür nicht gestimmt, sondern Sie (Rufe: Schluß!). Wenn die Kreise im Gumbinner Chausseebaubezirke benachtheiligt sind, so ist es Sache Ihres Bezirks, Abhilfe zu schaffen, nicht Sache der ganzen Provinz.

Abg. Eckert: Man habe von der andern Seite gesagt: nicht wir haben beschlossen, sondern Sie. Wer ist hier „Wir", wer „Sie"? „Wir" ist der Provinzial-Landtag.

Die Abgg. Höne und v. Graß beantragen, daß über die Petitionen zur Tagesordnung übergegangen werde.

Es wird der Schluß der Discussion beantragt und angenommen. Der Abg. Damme constatirt, daß ihm soeben durch den Schluß das Wort abgeschnitten sei, wie gestern den Abgg. v. Graß und v. Winter. Der Präsident erwidert dem Redner, daß der Schluß der Debatte vor Erschöpfung der Rednerliste angenommen werde, komme in jedem Parlamente vor. Er habe heute schon einmal dem Abg. Damme das Wort ertheilt, wo dieser es gar nicht zu verlangen hatte.

Es wird von westpreußischer Seite der Antrag eingebracht und genügend unterstützt, daß über den Antrag Höne- von Graß, welcher Uebergang zur Tagesordnung will, namentliche Abstimmung erfolge. Es stimmen für Uebergang zur Tagesordnung 42, dagegen 61. Auf jener Seite waren die meisten Westpreußen, hier die meisten Ostpreußen. Auf ostpreußischer Seite trennten sich von ihren Collegen die Abgg. Böhm-Carben, v. Reichel-Terpen, Becker-Neidenburg, Lilie-Ortelsburg, Thara-Rössel und Contag-Wenskn, auf westpreußischer Seite die Elbinger Abgg. Thomale, Wiedwald, Dr. Birken, deren vierter College Vollerthum mit den übrigen Westpreußen ging.

Der Antrag Brenk, die Petionen dem Prov.-Ausschuß zur Prüfung und zur Ausarbeitung einer Vorlage für den nächsten Landtag zu überweisen, wird angenommen. Die Gumbinner Chaussee-Debatte hat die Gemüther auf beiden Seiten sehr erregt.

Gegen den zur Begutachtung eingangenen Entwurf eines dem Landtage der Monarchie zu unterbreitenden Gesetzentwurfes, betr. die Aufhebung des Lehnsverbandes im Geltungsbereich des ostpr. Provinzial-Rechts, hat das Haus nichts zu erinnern.

Ueber die Vorlage, betr. den Ankauf eines Grundstückes für die Provinzial-Verwaltung, referirt der Abg. v. Stumpfeld. Die Commission empfiehlt einstimmig, den Prov.-Ausschuß zum Ankauf eines Gebäudes für diesen Zweck zu ermächtigen und ihm dazu die Summe von 300 000 ℳ. zur Verfügung zu stellen. Das Haus stimmt dem bei.

Der Präsident setzt sämmtliche noch restirende Gegenstände auf die morgige Tagesordnung. Diese zählt 12 Nummern, darunter den ganzen Etat pro 1877. Es ist noch zweifelhaft, ob der Landtag morgen bereits geschlossen werden kann.

Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

12. October.

Geburten: Schuhmacher Adolf Rudolf Schliedermann, T. — Schachtmeister Jacob Czerwinski, S. — Schmiedges. Friedr. Gustav Klonikowski, S. — Schiffszimmergesell Gustav Wahl, S. — Holzhändler Carl Adolf Komm, T. — Maschinist Josef Theod. Aloisius Herther, S. — Buchbinder Friedr. Rud. Nitsch, S. — Schlosser Friedr. Hagel, T. — Arb. Augustin Eduard Eisenbach, T. — 1 unehel. T.

Aufgebote: Opernsänger Georg William Unger in Bayreuth mit Marie Bertha Emilie Haupt in Kassel. Freiarbeiter Friedr. Wilh. Aug. Tater in Neuhoff mit Aug. Charl. Erdmuth Runge daselbst. — Schuhmacher Constantin Spikowski mit Anna Albert. Dalke. — Feldwebel Heinr. Gust. Broscheit mit Anna Hedwig Voigt. — Arb. August Friedr. Schwalbe mit Emilie Rosalie Cäcilie Neumann. — Kaufm. Friedr. Wilhelm Weber mit Amalie Victoria Gutzmer. — Tapezier Albert Julius Jantzen mit Emilie Kell. — Schriftsetzer Friedr. Wilh. Backhaus mit Albertine Elisab. Böhnke. — Arb. Ferd. Friedr. Richard Kroll mit Joh. Marie Remus. — Arb. Aug. Karschewski mit Julianne Ciesielski. — Arb. Carl Heinr. Sehnke mit Joh. Bertha Rogatzki. — Fuhrmann Louis Theodor Müller mit Amalie Friederike Enseleit. — Arb. Carl Friedr. Rob. Schulz mit Marie Elisab. Dessel.

Heirathen: Arb. Johann Stalinsky mit Barbara Dorothea Meier. — Kutscher Carl Aug. Podschelni mit Justine Caroline Schönnagel. — Tischlermeister Heinr. Wilh. Adalbert Lietsch mit Auguste Wilhelmine Meta Schröder. — Tapezier Eduard Conrad Fröschke mit Marianna Bjilski. — Bernsteindreher Abraham Itzig Zausmer mit Fanny Jacobsen. — Maurer Carl Herrm. Balzereit mit Franzisca Johanna Schindler.

Todesfälle: T. d. Tischlers Gustav Bast, ½ J. — Anna Feichtmeier, geb. Schöttner, 82 J. — Therese Kahn, geb. Meier, 28. J. — T. d. Zimmermanns Gustav Adolf Ziemann, 3 T. — Julianne Wisotzke, geb. Grentz, 54 J. — Soldat Carl Götz, 23 J. — S. d. Schuhmachers Johann Heinr. Ferd. Granzow, 14 T. — Auguste Stobbe, geb. Prinave, 53 J. — T. d. Arb. Augustin Ed. Eisenbach, 15 M. — Mathilde Gall, geb. Kroß, 47 J. — S. d. Arb. Frdr. Rosenke, 2 M. — 1 unehel. M.

Kaffee.

K. Amsterdam, 10. October. Der Markt bleibt im Allgemeinen in fester Tendenz; nach feineren Posten besteht gute Nachfrage, während geringere Qualitäten fast unbeachtet sind. Der Umsatz in vergangener Woche war sowohl in erster als auch in zweiter Hand nicht von großem Belang. Die October-Auction der niederländischen Handelsgesellschaft findet am 18. d. M. statt, bestehend aus: 102 500 Ballen Java-, Padang- und Macasser-Kaffee, sowie 849 Ballen Santos-Kaffee.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 12. October.

		Crs.v.11.			Crs.v.11.
Weizen			Pr. 4½ consl.	104,70	104,70
gelber			Pr. Staatsschldſ.	93,90	93,80
Oct.-Novbr.	204	203,50	Wstp. 3½% Pfdb.	83,20	83,20
April-Mai	210,50	210,50	do. 4% do.	95	95
Roggen			do. 4½% do.	101,50	101,50
Oct.-Novbr.	154	154	Berg.-Märk. Eisb.	80,70	80,70
April-Mai	158,50	158,50	Lombardenlex.Cp.	132,50	133
Petroleum			Franzosen	462,50	464,50
per 200 ℔			Rumänier	15	15,20
October	41,60	41,50	Rhein. Eisenbahn	114,50	114,50
Rüböl Oct.-Nov.	69,80	69,70	Oester. Creditanst.	253	255
April-Mai	72,10	72,40	5% russ.-engl. A. 62	90,20	90,20
Spiritus loco			Oest. Silberrente	56,50	56,50
October	48,50	47,70	Russ. Banknoten	266	267,50
April-Mai	51,10	50,70	Oest. Banknoten	165,50	166
Ung. Schatz-A. II.	83,30	83,75	Wechselcrs. Lond.	20,36	—

Ungar. Staats-Ostb.-Prior. E. I 58,75

Fondsbörse: ruhig.

Meteorologische Depesche vom 12. October.

Uhr.		Barometer.	Wind.		Wetter.	Temp. C.	Bem.
8	Thurso	739,1	W	frisch	Regen	8,9	1)
8	Valentia ...	744,2	SW	steif	h. bed.	12,8	2)
7	Yarmouth ..	753,1	WSW	schwach	heiter	11,1	3)
7	St. Mathieu .	751,3	SO	schwach	bed.	14,0	4)
8	Paris	756,3	S	leicht	Regen	14,1	
8	Helder	753,2	SW	—	wolkig	15,0	
7	Copenhagen .	752,2	SW	leicht	Dunst	16,0	
8	Christiansund .	—	—	—	—	—	
8	Happaranda .	746,3	S	leicht	bed.	14,0	
7	Stockholm ..	747,7	S	mäßig	bed.	11,2	5)
8	Petersburg ..	752,5	SW	stille	heiter	8,6	
8	Moskau ...	761,2	SSW	stille	wolkig	10,2	
7	Wien	761,9	SO	stille	Nebel	12,6	
7	Memel	756,6	S	mäßig	wolkig	14,6	6)
8	Neufahrwasser	757,2	SSW	mäßig	wolkig	17,4	
	Swinemünde .	755,4	SSW	mäßig	h. bed.	17,0	7)
8	Hamburg ...	755,6	SW	leicht	bed.	15,5	8)
7	Sylt	731,1	WSW	frisch	wolkig	14,3	9)
7	Crefeld	—	WSW	leicht	bed.	16,5	
7	Cassel	757,7	SSW	schwach	wolkig	17,0	10)
7	Carlsruhe ..	758,7	SO	stille	wolkig	17,8	
7	Berlin	756,8	S	schwach	h. bed.	17,4	11)
7	Leipzig ...	759,0	SSW	leicht	wolkig	18,3	
8	Breslau ...	761,8	SO	schwach	h. bed.	14,3	

1) Seegang mäßig. 2) See fast unruhig, böig. 3) See ruhig, Abends starke Böen. 4) See unruhig. 5) Nachts Regen. 6) Seegang leicht. 7) See sehr ruhig, Nachts Regenschauer. 8) Gestern Regen. 9) Nachts stürmisch. 10) Morgens Regenschauer, Horizont neblig. 12) Abends Regen

Das gestern bei Irland sich ankündigende Minimum ist rasch nach Nordost fortgeschritten, am Abend passirte es Schottland (Thurso 725 Mm.) und liegt heute in Norwegen. Im Westen ist das Barometer sehr rasch gestiegen, auch in ganz Central-Europa hat der Druck über Nacht zugenommen und herrscht daselbst heute freundliches, besonders in Deutschland sehr warmes Wetter mit schwachen Winden, in Süd Norwegen dagegen Südsturm mit Regen und an der Westküste Jütlands stürmischer SW. Im Nordosten ist es bei fallendem Barometer wärmer geworden.

Deutsche Seewarte.

Bekanntmachung.

Zur Lieferung von:
11 Stopfhölzern, 2 Haartuchdeckeln, 4 Brettern, 2 Zündschnurhaspeln, 12 Waagehaltern, 5 Holzscheiben, 36 Arbeitsbänken, 4 verschließbaren Kasten, 9 Spinden, 12 Repositorien, 8 Schemeln mit Lehne, 225 Schemeln ohne Lehne, 1 Stehpult, 2 Stühlen, 193 schwarzen Tafeln, 18 langen, 62 kürzeren Arbeitstischen, 4 Tischen, 3 Kammersetzhölzern, 141 Abstreichhölzern, 3 Sägeböcken, 6 Siebelatten, 134 Holztritten
ist eine Submission **am 17. October 1876, Vormittags 11 Uhr** im diesseitigen Büreau — Gr. Scharmachergasse Nr. 5 — anberaumt.

Die Lieferungsbedingungen liegen daselbst zur Einsicht aus, werden auch auf Wunsch, gegen Copialien, abschriftlich mitgetheilt.

Versiegelte Offerten mit der Aufschrift: „Lieferung von Utensilien und Geräthe" sind bis zur Terminsstunde hierher einzureichen. Persönliches Erscheinen der Submittenten bleibt anheimgestellt. (1659

Königliches Artillerie-Depot Danzig.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von heute ist die in unserem Firmen-Register sub No. 47 eingetragene Firma

M. Seefeld

gelöscht.

Flatow, den 3. October 1876.

Königl. Kreis-Gericht.
1. Abtheilung. (2509

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von heute ist in das hier geführte Firmenregister unter No. 145 eingetragen, daß der Kaufmann **Wolff Seefeld** in Kölpin ein Handelsgeschäft unter der Firma M. Seefeld betreibt.

Flatow, den 3. October 1876.

Königliches Kreis-Gericht.
I. Abtheilung. (2508

Die
Königl. Gewerbeschule
zu **Danzig**

eröffnet den neuen Jahres-Cursus am Montag, den 16. October, mit der Prüfung zur Aufnahme, für welche die Reife zur Secunda einer Realschule erforderlich ist. Meldungen nimmt der Unterzeichnete in seiner Wohnung, Fleischergasse 67, an.
2277) Director Dr. **Grabo.**

Handels- u. Schreiblehr-Institut, Dienerg. 35, Abends v. 5, Meld. 12—1 u. 4—5 Uhr. System. Unterricht: Einf. u. dopp. Buchführ., Rechnen, Correspondenz mit grammat. Vorbereit., Schnell- u. Schönschreiben. Aufnahme zu jeder Zeit.
2527) **E. Fisch.**

Schulbücher, Lexica's und Atlanten,

griechische und römische Classiker, gut erhalten und gebunden zu herabgesetzten Preisen, sowie **sämmtliche Schulbücher und Atlanten für das neue Königliche Gymnasium in den neuesten Auflagen und soliden Einbänden** empfiehlt billigst die Buchhandlung von

A. Trosien, Petersiliengasse 6.

Das **Verzeichniß** der **Schulbücher,** welche im
Königlichen Gymnasium
gebraucht werden, wird **gratis** von uns ausgegeben.

L. G. Homann's Buchhandlung,
Prowe & Beuth.
2403) **Jopengasse 19.**

Wegen Uebersiedlung nach Schwerin bin ich hierselbst nur noch während dieses Monats zu consultiren.

Dr. H. Wiede,
2374) American dentist.

Mein Comptoir ist jetzt Hundegasse No. 50.
2394) **J. Fajans.**

Dampfer-Verbindung Danzig-Stettin.

Dampfer „Kreßmann", Capt. Scherlau, geht Sonnabend, den 14. d. M., von hier nach Stettin. (2482
Güter-Anmeldungen nimmt entgegen
Ferdinand Prowe.

An Ordre

verladen pr. „Robert", Capt. Henricksen durch die Kaolin Industrie-Gesellschaft in Rönne:

1051 Centner Kaolin,
466 do. do.

Das Schiff liegt am Bleihof löschfertig. Der unbekannte Empfänger wolle sich schleunigst melden bei
2534) **Wilh. Ganswindt.**

Pattberg's Zahnessenz.

geprüft u. empfohlen vom **Königl. bayr. Obermedicinal-Ausschuß in München.** Diese Zahnessenz wirkt sof. u. nachhalt. bei jeden Zahnschmerzen, ohne irgend welchen schädlichen Einfluß.
Preis pro Fläschchen 75 ₰.
Depot b. Hrn. **F. Suffert,** Apoth. Danzig.

Seit sechs Jahren besteht in unserer Stadt ein Verein, welcher den Zweck hat, anständigen Fabrik- und Dienstmädchen, auch besonders denen, die fremd hergezogen und daher keinen Familienumgang pflegen können, eine angemessene Unterhaltung für den Sonntag Abend zu bieten. Jeden Sonntag finden die Versammlungen zwischen 5—9 Uhr Abends statt, vom 15. d. M. ab, in dem gütigst bewilligten Lokale der Klein-Kinder-Bewahranstalt, Poggenpfuhl No. 61. Allen gesitteten Mädchen steht der Zutritt unentgeltlich frei und werden auch die Herrschaften ersucht, die betreffenden Mädchen auf diese geselligen Zusammenkünfte, die von wohlwollenden Damen geleitet werden, aufmerksam zu machen und ihnen den Besuch derselben zu gestatten.

Es werden alle Sorten **Leder- und Glacé-Handschuhe gewaschen,** letztere auch schwarz gefärbt bei

J. Liedtke, Wwe,
Neufahrwasser,
Saspeistraße No. 18/19

Rosenliebhabern

empfehle mein schönes Sortiment hochstämmiger Rosen, gesunde Waare, Preis 12½ bis 25 Sgr. pro Stück.
Kreuz a. d. Ostbahn.
1962) **A. Mörsig.**

Extra feine
Theater-, Hochzeits- und Tafel-Confitüren

in namenlos großer, eleganter, frischer Auswahl empfiehlt zu soliden Preisen
E. Reinke, Glockenthor 3.

Chocoladen von **Stollwerck** aus **Dresden, englische Biscuits** empfiehlt
E. Reinke, Glockenthor 3.

Ein fast neuer
Polisander-Flügel
ist zu verkaufen **Poggenpfuhl No. 37, auf dem Hofe links.**

Getreidesäcke

von starkem Drillich zu 3 Scheffel Inhalt à 16 Sgr.,

Pferdedecken

in reiner Wolle von 30 Sgr. an, empfiehlt
J. Kiekbusch,
Firma: **J. A. Potrykus,**
Glockenthor No. 143,
Holzmarkt-Ecke.

In meiner Niederlage **Brodbänkengasse 8,** halte ich nebst meiner eigen fabricirten Butter, auch die berühmte hochfeine
Tafelbutter
von Herrn **Heubner** zu Insel Küche und empfehle diese sowohl wie erstere zu den Preisen von 1 ℳ. 80 ₰ bis 1 ℳ. 50 ₰.
1813) **Meves.**

Große Pferdeverloosung zu Brandenburg.
Ziehung
am 31. d. M. Octbr.

Hauptgewinn: **eine vierspännige Equipage, Werth 10,000 Mark. — 50 edle Pferde im Werthe von 75,000 Mark, und 1000** sonstige werthvolle Gewinne. — Loose à 3 Mark zu beziehen durch
A. Molling, General-Debit in **Hannover,**
und **Oscar Seiffert,** Danzig, Hundegasse 65, I.

Gr. Pferde-Verloosung zu Brandenburg am 31. October.
Loose à 3 ℳ. sind in der Exp. d. Ztg. z. h.

Gute weiße u. rothe **Eßkartoffeln** verkäuflich in **Gr. Böhlkau.**

Vom Morgen des 16. Octbr., ist vom Dominium **Rexin, täglich 2 Mal frische Milch,** frei Thüre Danzig, für 17 ₰ pro Liter zu haben. Bestellungen per Postkarte über Praust.
2388) **Bertram.**

Spiere zu Heckenanlagen
zu verkaufen Pietzkendorf 18.

100—200 Liter Milch,
werden täglich per Bahn, oder in nächster Nähe von Danzig gesucht. Adr. werden unter 2515 in der Exp d. Ztg. erb.

Engl. Chamottsteine

offerirt billigst, bei Abnahme von Posten, ab Lager in Neufahrwasser
Eduard Noetzel,
Comtoir: Brodbänkengasse 29.

---

400 gut erhaltene
Cementtonnen
werden zu kaufen ges. Milchkanneng. 1, 1 Tr.

Schiffer,

welche **Runkelrüben nach der Zucker-Fabrik Liessau** laden wollen, können sich melden beim Gutsbesitzer **Müller** in **Gr. Grünhof** bei Mewe. (1437

Weitere specielle Anschläge von zu verkaufenden Besitzungen erbittet
C. Emmerich, Marienburg.

Pacht-Offerte.

Eine gut eingerichtete, renommirte Bairisch- und Braunbierbrauerei, mit einer Leistungsfähigkeit von 6- bis 7000 Hectolitern, vorzüglichen Lager- und Eiskeller-Räumen u. completem Inventarium, in einer Kreisstadt Ostpreußens, Bahnstation, ist Verhältnisse halber sofort zu verpachten.

Näheres in der Exped. dieser Zeitung unter No. 2402.

Brauerei-Verkauf.

Krankheitshalber steht eine Brauerei, zu einfachem und bairischem Bier, im lebhaftesten Betriebe, bei 26- bis 28,000 ℳ. Anzahlung zum Verkauf. Wo, sagt die Exp. dieser Ztg. unter 2470.

Concertflügel und Pianino's,

sämmtliche Instrumente von gediegenster Construction, empfehle unter mehrjähriger Garantie zu Fabrikpreisen.

F. Arendt, Breitgasse 13. (2500

Für alle **Militär-Examina** und für Prima.
Gründl. Vorbereitung Pension. Neuer Cursus 15. Oct. Bromberg. v. Grabowski, Maj. z. D.

Schippenbeiler Waisenhaus-Lotterie.
Unwiderruflich festgesetzter Ziehungstag: der 14. Dezember d. J.

Loose à 3 Mark bei unserm General-Collecteur Herrn **Max Meyer, Bank- und Wechsel-Geschäft Berlin,** Friedrichstr. 204, bei dessen Agenturen, sowie bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Comité zu **Schippenbeil.**

Der Vorstand des israel. Prov.-Waisenhauses.
2487) **Meyer Levy.**

1877. Erste Schlachtvieh-Ausstellung
in Königsberg i. Pr.

In der zweiten Hälfte des Monats **Mai 1877** wird in **Königsberg** die erste **Mastvieh-Ausstellung** gleichzeitig mit dem **Pferdemarkt** und in Verbindung mit dem **Maschinenmarkt,** sowie im Anschluß an eine **Bezirksschau für Rindvieh** stattfinden.

Freie Concurrenz-Geldpreise bis zu 300 Mrk. werden im **Gesammtbetrage von 5000 Mrk. vertheilt.**

Das Programm wird in der **„Land- und forstwirthschaftlichen Zeitung"** veröffentlicht werden. — **Anmeldungen** sind bis spätestens den **1. April 1877** an den Generalsecretair **Kreiss in Königsberg i. Pr.** zu richten, von welchem die allein zur Anmeldung giltigen Formulare **vom 1. Januar 1877** ab zu beziehen sind.

Das Comité. (2488

KABEL-TELEGRAMM.

Auf der Internationalen Ausstellung zu Philadelphia wurden die neuen kleinen Patentflügel des Hofpianoforte-Fabrikanten Ernst Kaps in Dresden von der Jury einstimmig durch Zuerkennung der Preismedaille prämiirt.

Dr. Scheibler's Mundwasser.

Haupt-Depot bei **Albert Neumann,** Langenmarkt No. 3. (2126



Weintrauben

zur **Kur** und für die **Tafel,** die schönsten und besten, nur aus eigenen Gärten geschnitten, empfiehlt und versendet gegen Postanweisung oder Nachnahme das Brutto-Pfund mit 25 ₰

Albert Bayer in Grünberg i. Schl.

Zweiter Gewerbetag
des gewerblichen Centralvereins der Provinz Preussen
Sonntag, den 22. October d. J.,
Vormittags 11 Uhr,
im Versammlungslocale des Gewerbe-Vereins zu Danzig.

Tagesordnung.

1. In welcher Weise ist das Lehrlingswesen zu regeln, wenn die Heranbildung eines werktüchtigen Gewerbestandes erzielt werden soll?
   Referenten: Stadtrath **Heyrath** zu Elbing.
   Malermeister **Schuetz** zu Danzig.
2. In wie fern kann dem Wohlstande der Gewerbetreibenden durch Abkürzung der üblichen Creditfristen für gewerbliche Leistungen aufgeholfen werden?
   Referenten: Fabrikbesitzer **Hamm** zu Königsberg
   Fabrikbesitzer **Pfannenschmidt** zu Danzig
3. Welche Mittel sind anzuwenden, um für die einzelnen Fächer des Handwerkerstandes Verbindungen zur Förderung ihrer besonderen Interessen zu begründen?
   Referenten: Buchdruckereibesitzer **Post** zu Tilsit.
   Dr. Lindwurm zu Insterburg.

Königsberg, den 2. September 1876.

Die Direction
des gewerblichen Centralvereins der Prov. Preußen.

Marcinowski, Hauptvorsteher. **Simony,** Generalsecretair. (2468

Bekanntmachung.

Behufs Neubau der Kreischaussee Bromberg-Kaminka sollen die Erd- und Befestigungsarbeiten auf der Strecke von Station 171—328a = 15,426 Meter Länge im Ganzen oder in einzelnen Loosen und zwar in folgender Eintheilung:

Loos:	Station:	Länge:	Preis:
1,	171 bis 184a	1350	ℳ. 6571,92
2,	184a = 205a	2100	= 5809,87
3,	205a = 222a	1700	= 7798,83
4,	222a = 252a	2838	= 6373,52
5,	252a = 275	2070	= 7993,28
6,	275 = 289	1400	= 5818,64
7,	289 = 311a	2250	= 7878,24
8,	311a = 328a + 18	1718	= 5622,49
	Summa	15426	ℳ. 53,867,29

an Unternehmer die ihre Qualification als solche nachweisen können zur Ausführung vergeben werden.

Ich habe hierzu einen Termin auf
Montag, den 6. Novbr., Vorm. 11 Uhr,
in meinem Bureau anberaumt und lade Unternehmungslustige hiermit ein.

Eine Bietungscaution von 1500 ℳ. ist im Termine zu deponiren.

Auskunft ertheilt der den Chausseebau leitende Beamte von Bergen hier, Wilhelmstraße No. 40.

Bromberg, den 9. October 1876.

Der Landrath.

Obstbäume,

hochstämmige und niedrige **Rosen,** Staudengewächse, alle Arten **Blumenzwiebeln** für Garten- und Zimmerflor empfiehlt zur jetzigen Pflanzzeit billigst die Gärtnerei von

A. G. Reiche,
Eingang: Langgarten 44 u.
2501) **Langgarter Hintergasse.**

Die Handels-Gärtnerei
von
J. L. Schäfer,
Sandgrube No. 21,
empfiehlt
Blattpflanzen in großer Auswahl, sowie Hyacinthen, Tulpen, Crocus 2c.

Eiserne **Bettgestelle, eiserne Waschtische, Lampen** jeder Art in großer Auswahl, sowie sämmtliche **Wirthschaftsgeräthe** empfiehlt zu billigsten Preisen

J. A. Soth,
2503) **Gr. Wollwebergasse 4.**

Brennholz-Offerte.

Kleingeschlagenes, Eichen- u. Fichten-Sparheerd- u. Ofenholz, mit gleicher Anfuhr u. Abtragen zu soliden Preisen und gutem Maaß zu haben auf dem Holzhofe Mattenbuden 29. Auch werden Bestellungen im Laden bei Herrn **Haase,** Melzergasse 2 entgegengenommen.

In einem Leinengeschäft ist die erste Commisstelle sogleich zu besetzen: ein tüchtiger Verkäufer, der der poln. Sprche mächtig, erhält den Vorzug.

Adr. werden unter No. 2530 in der Exped. dieser Ztg. erbeten.

Zur selbstständ. Führung einer Glaserei, nach auswärts, wird ein Glaser gesucht, auch kann derselbe das Geschäft für eigene Rechnung übernehmen. Meldungen bei Herrn **Hornemann,** Tagnetergasse No. 1.

Für eine Fabrik wird ein
Aufseher sogleich gesucht.
Näh. schriftl. Meldungen an Herrn **A. O. Lehmann,** Berlin, Linienstr. 49, pa t.

Für ein größeres auswärtiges **Kurzwaaren-Geschäft** wird ein **Lehrling** mit den nöthigen Schulkenntnissen gesucht. Meldungen erbittet

Joseph Morwitz,
2475) Gr. Gerbergasse No. 11.

Zum 1. Januar 1877 suche einen verheiratheten und tüchtigen Ziegler für meine Ziegelei. (2450
Zuckau. **O. Ramelow.**

Ein tüchtiger **Vergolder-Gehilfe** findet dauernde Beschäftigung bei
H. Hamann, Hundegasse 24.
Das. k. sich e. ord. Knabe z. Lern. meld.

Ein Commis,

mit der Buchführ. u. poln. Sprache vertr., wird für ein hiesig gr. Colonial-Waaren-Geschäft v 15. Octbr. od. 1. Novbr. ges. Off. w. u. 2529 in der Exp. d. Ztg erb.

General-Agent

wird für eine der hervorragendsten und anerkannt besten **Vieh-Versicherungs-Gesellschaften** unter annehmbaren Bedingungen gesucht. Persönlichkeiten, welche mit Energie und Fleiß die Verwaltung in die Hand nehmen wollen, werden gebeten sich unter der Aufschrift: **Vieh-Assecuranz** franco an den **Invalidendank,** Berlin W., Markgrafenstr. 51a, zu wenden.

Eine geprüfte, evangelische
Erzieherin,

musikalisch, wird bei 3 Mädchen, 12, 9 und 7 Jahre alt, von sogleich bei bescheidenen Ansprüchen gesucht. Gef. Offerten nebst Abschrift der Zeugnisse u. Gehaltsforderung sind an **Kautz** in **Warglitten** bei Osterode zu richten (2345

Eine Seminaristin

wünscht Mädchen Unterricht resp. Nachhilfestunden zu ertheilen. Näheres Vorstädt. Graben No. 48, unten.

Brennerei!

Ein unverheiratheter Brennerei-Verwalter, der mit den besten Zeugnissen versehen, mit allen Systemen von Maischbereitungs-Geräthen und Brenn-Apparaten, sowie Dampfmaschinen aufs vollkommenste vertraut, eine Ausbeute an Spiritus von 10% p. L. Maischraum, unter Garantie, zu erzielen im Stande ist, sucht Anstellung. Gef. Offerten werden unter No. 2416 in der Exped. dieser Ztg. erbeten.

Ein älterh. anständ. Mädchen v. außerh, wünscht bei vornehmen Herrschaften e. Stelle in der Wirthschaft, wenn es sein kann selbstständ. Adr. werden unter 2481 in der Exp. d. Ztg. erbeten.

Ein junger Mann, der seine Lehrzeit in einem hiesigen Getreide-Faktorei-Geschäft soeben beendet hat, mit der doppelten Buchführung, der englischen und französischen Correspondenz vertraut ist, sucht zum 15. cr. oder 1. November eine Stellung. Off. w. unter 2494 in der Exp. d. Ztg. erb.

Ein junges gebild. Mädchen, von auswärts, wünscht zur Stütze der Hausfrau, Erziehung kleiner Kinder, auf dem Lande Stellung. Salair wird weniger als gute Behandlung beansprucht. Adr. werden unter 2504 in der Exp. d. Ztg. erb.

Eine Wirthin für Restaurant u. Hotel, wünscht von gleich eine Stelle. Zu erfragen **am Stein No. 12, 1 Treppe,** bei Herrn **Nickel.** (2507

Für einen jungen Mann mit der Reife für Obertertia wird eine Lehrlingsstelle in einem größeren Geschäft gesucht.
Näheres bei **David Stern, Stolp.**

Ein Commis,

Materialist, zur Zeit in Stellung, sucht pro Novbr. cr. anderw. Engagem. Adr. w. unter 2531 in der Exp. d. Ztg. erb.

Brück- u. Wasserstraßen-Ecke 32/33, habe den schön eingerichteten und sich zu jedem Geschäft eignenden **Laden nebst Wohnung** von sogleich zu vermiethen.

L. H. Leschinsky,
2314) **Elbing.**

Eins der ältesten u. besten Detail-Geschäfte, Material- u. Destillations-Branche mit großer Ausspannung verbunden, ist vom 1. Jan. 1877 zu verpachten durch

Richard Guderian
2046) in **Culm** a. W.

Heute Freitag Abend
Karpfen in Bier.
Hochachtungsvoll
Julius Frank.
Brodbänkengasse 44. (2539

Betreffs des **Gellert-Citats,** bedaure ich, nochmals um nähere Adresse bitten zu müssen. (2478

Ein **grau gefleckter Jagdhund,** hat sich auf dem Wege von Praust zu mir gesellt, und wird derselbe gegen Insertionsgebühr u. Futtergeld, gerne an den rechtmäßigen Eigenthümer zurückgegeben.

Papierfabrik **Groß Böhlkau.**
C. Häske, Hofmeister.

Verantwortlicher Redacteur: H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.